

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Alteschäre 85/87, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfenninge, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfenninge, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 8.

Donnerstag, den 10. Januar 1895.

2. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Ueber die Lodterung

des deutschen Reichsverbandes schreibt in der trefflich redigirten österreichischen Wochenschrift „Die Zeit“ Eduard Engels (nebenbei gesagt: kein Verwandter von Friedrich Engels.) in einem Aufsatz „Der Zwist der deutschen Fürsten“ betitelt:

Als vor einigen Wochen Baden einen Gesandtschaftsposten bei den Höfen in Stuttgart und München einrichtete, wollte man anfänglich der diesbezüglichen Nachricht in den Zeitungen absolut keinen Glauben beimessen. Was soll ein badischer Gesandter unter den heutigen Verhältnissen am schwäbischen oder bayerischen Hofe? und siehe da, es verkündete die amtliche Druckschwärze-Pythia, daß den Regierungen der süddeutschen Staaten ein engerer Zusammenschluß in gewissen gemeinsamen Angelegenheiten nothwendig erschienen sei. Gemeinsame Interessen der süddeutschen Staaten? Diese Worte waren nicht mißzuverstehen. Auch die heilige Einfalt witterte etwas wie Opposition gegen den herrschenden „Nordwind“. Man begann also zu kombinieren und zu spekulieren und alsbald hatte man eine Art Genesiß eines süddeutschen Nützlichbundes zu Wege gebracht. Man erinnerte zunächst an die Abbestellung der Manöver in Württemberg im Jahre 1893. Der Kaiser hatte damals ganz besonderes Gewicht auf diese Manöver gelegt, aber der König von Württemberg, angefeuert theils von seiner Entrüstung darüber, daß man in Berlin den Kaiser ihm gegenüber immer als den „obersten Kriegsherrn“ aufzuspielen beliebt, während der Kaiser doch nur im Kriege oberster Kriegsherr ist, theils auch gedrängt von der schwäbischen Bauernschaft, die damals infolge eines gefährlichen Mißwachses die überflüssige Schädigung durch militärische Spielereien sehr gut entbehren zu können glaubte, lehnte die Veranstaltung von Manövern mit aller Entschiedenheit ab. Darob natürlich große Unruhe in Berlin und demnächst Revanche im Fall Moser: (Moser war württembergischer Gesandter in Berlin. N. d. B.) In Württemberg und Baden hingegen ernste Erwägungen über die unwürdige militärische Abhängigkeit von Preußen, die u. a. so weit geht, daß man sich die dauernde Einquartierung ganzer preussischer Bataillone und die massenhafte Abkommandirung preussischer Offiziere an die heimischen Truppentheile und zwar gerade in den höheren Kommandostellen muß gefallen lassen. Mit aller Entschiedenheit wird man sich bewußt, daß hier deutsche Art und preussische Soldaten kontradiktorische Gegensätze sind. Einen Uniformknopf an Stelle des Herzens haben, für dieses preussische Ideal vermisse man jede Art von Verstandniß. Diese Wahrnehmung machen und eine Faust in der Tasche halten, das hätte allenfalls für einen Duodezfürsten gehen können. Ist man aber Herr im Schwabenlande, so schlägt man mit der Faust auf den Tisch des Bundesrathes, sobald sich irgend Gelegenheit dazu bietet. Die Gelegenheit bot sich. Der preussische Finanzminister Dr. Miquel verspürte von ungefähr einen fabelhaften Heißhunger auf neue Steuern. Zunächst sollte der Wein „bluten“. Da erhebt sich in öffentlicher Reichstagsitzung der württembergische Ministerpräsident von Mittnacht und donnert gegen die Weinsteuern in einer Weise, daß die Herren am Bundesrathstische ganz sprachlos vor Entsetzen dasitzen und die Linke, man denke: die Linke! dem schwäbischen Minister Bravissimo entgegenjubelt. Die Linke einen Minister! Und Preußen hat Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um eben jene Steuer durchzubringen! Hatte Württemberg denn im Bundesrath nicht zu Wort kommen können, daß es vor der Deffentlichkeit des ganzen Deutschen Reiches der Reichsregierung Opposition machen zu müssen glaubte? Oder war Württemberg vielleicht im Bundesrath ignorirt, überstimmt worden? In der That, es ist auffällig, daß v. Mittnacht nicht vom wirtschaftlichen, sondern vom verfassungsrechtlichen Standpunkt die Weinsteuern bekämpfte. Hätte man seine Stimme im Bundesrath ignorirt, so wäre das also ein Uebermuth ohne gleichen gewesen. Wer aber sagt, daß dem nicht so gewesen sein könne? Herr v. Mittnacht ist ein äußerst salonmäßiger eleganter Herr; man kann sein Auftreten keineswegs aus eigene Initiative, sondern ausschließlich nur auf höheren Auftrag zurückzuführen. Ist ein solcher

Auftrag ertheilt worden, in welchem Lichte erscheint dann die ganze schier skandalöse Angelegenheit?

Neuerdings hat man eine Biersteuer auf's Tapet zu bringen versucht. Aber da hätte man die Bayern sehen sollen! Die Biersteuer verschwand denn auch unverzüglich wieder. Offenbar glaubte man in Berlin Ursache zu haben, einem Austritt Bayerns nach Art des württembergischen vorbeugen zu sollen.

Nach Bier und Wein kam die Königsberger Fischrede Wilhelm II. und in ihr die zärtliche Verzeihung an die in Süddeutschland so verhassten ostelbischen Junker, die bei Anlaß der Handelsverträge dem Monarchen eine so unwürdige demagogische Opposition gemacht hatten. Man munkelte damals schon von der Umsturzvorlage; die Berufung der Junker war also nicht mißzuverstehen. Und die Umsturzvorlage war und ist in Süddeutschland noch verhasster als das transalpinische Junkerthum. Dazu kam die starke Betonung des Gottesgnadenthums durch den Kaiser. Man ist gewohnt, das Gottesgnadenthum nur immer vom Standpunkt des Volkes zu beurtheilen. Wie glaubt man, daß es vom Standpunkt eines Bundesfürsten beurtheilt werde, der entweder selbst oder durch seinen Vater eben jene Krone den Hohenzollern übertragen zu haben sich rühmen darf, die jener nun aus „sich selbst“ zu haben vorgiebt? Die Kränkung der Bundesfürsten, ob sie gleich beabsichtigt gewesen sein mag, ist augenscheinlich. Und wäre es noch bei den bloßen Worten geblieben. Aber es folgten Thaten. Der Umsturzpopanz, aus nationalliberalem Hirn geboren, von der Reichsregierung zu Steuerbewilligungszwecken großgefüttert, begann ruhig überlegende Politiker zu beunruhigen. Da es in Deutschland bekanntlich keinen Umsturz giebt, so jagen die süddeutschen Regierungen an zu fürchten, der Umsturz möchte bloß Vorwand, der wahre Zweck der Reichsregierung eine reaktionär-agrarische Schwelkung, vielleicht sogar über Verfassungsbruch sein. In der Presse verlautete, Bayern protestirt gegen die Bekämpfung des Umsturzes in jeder Form. Da wurde es den Berlinern denn doch unheimlich. Schnell beriefen sie die süddeutschen Minister zur Berathung herbei. Man kam, beriet, ward einig und ging wieder auseinander. In der festen Ueberzeugung, daß alles in bester Ordnung sei, verließen die Minister Berlin. Kaum aber nähern sie sich den Grenzen ihrer Heimath, da wirft man ihnen ein Extrablatt ins Coupee, sie rücken die Brille auf die Nase, was lesen sie da? Caprivi entlassen! Caprivi? Sie trauen ihren Augen kaum. Caprivi hatte doch während ihrer Anwesenheit noch Beweise der Huld empfangen. Und auf sein, gerade auf sein Umsturzszept hatte man sich doch geeinigt. So war also Reise und Arbeit vergeblich gewesen? Ja, konnte man sich denn überhaupt auf eine Regierung fürderhin noch verlassen, die so unberechenbar, so launenhaft sich geberdete? Armer Caprivi! Gestern noch auf stolzen Rossen, heute durch die Brust geschossen, morgen — fernab von Berlin. Und Caprivi war der erklärte Liebling manches Bundesfürsten; vor allem des Großherzogs von Baden! Hätte man in Berlin vielleicht nicht wohl daran gethan, über die Entlassung dieses Mannes sich vorerst mit den Bundesfürsten zu verständigen? Statt dessen stellt man sie einfach vor die vollendete Thatfache. Nun wurde der neue Kanzler ernannt. Er wurde ernannt, basta! Nicht Bundesrath, nicht Bundesfürsten wurden um ihre Meinungen angegangen. Nein, hier ist Dankel Chlodwig, der ist fortan Reichskanzler. Schwamm drüber. — Ach ja, Dankel Chlodwig! Man hat in Deutschland den Kanzler von allen möglichen und unmöglichen Seiten kritirt, nur seine Eigenschaft als Dankel scheint man vergessen zu haben. Ist das etwa so unwichtig? Ja, beschwert man sich nicht unangekündigt über das im Reiche hervortretende „persönliche Regiment“, und ist das nicht eine ganz bedeutende Erleichterung des „persönlichen“ Regiments, wenn man seinen eigenen, resp. seiner Gattin Dankel zum Reichskanzler macht, und obenein noch einen so alten Dankel, der nicht sonderlich zum Widerspruch mehr disponirt ist? Die deutschen Bundesfürsten haben das mit Recht höher in Anschlag gebracht, wie das deutsche Volk. Bei der feierlichen Fahnenabholung in Berlin glänzten sie durch Abwesenheit. Bei der feierlichen Eröffnung des neuen Reichstagsgebäudes glänzten sie durch Abwesenheit. —

Solche nicht mißzuverstehende Kundgebungen hat man denn auch in Berlin verstanden. Fürst Hohenzollern, der neue Reichskanzler sollte nachträglich besorgen, was man vorher versäumt hatte: sich den Höfen präsentiren gehen. In Bayern kannte man ihn. Er hatte, als er dort Ministerpräsident war, einmal gegen den gegenwärtigen Thronfolger Bayerns geäußert: „Was Sie sind, das bin ich auch.“ Man hatte das in München noch nicht vergessen, aber Reichskanzler bleibt Reichskanzler, und so veranstaltete man den ceremoniösen Empfang. In Baden machte man es mit Rücksicht auf die Verwandtschaft ebenso, hielt sich aber nachträglich trotz aller Dankbarkeit für verpflichtet, den oben erwähnten Gesandtschaftsposten zu gründen, zum „engeren Zusammenschluß“ an die süddeutschen Leidersgenossen. In Stuttgart aber — je nun, da sprach der neue Kanzler überhaupt nicht vor und ist dort bis auf den heutigen Tag noch „unbekannte Person.“ Ob das eine Folge der guten Beziehungen zwischen Schwaben und Preußen im allgemeinen, oder aber der plötzlichen und unangekündigten Abreise des König Wilhelms aus dem kaiserlichen Quartier auf dem diesjährigen ostpreussischen Wanderverfelde im besonderen ist, das mögen die Götter wissen; wir wollen einstweilen für eine neue Form preussischer Höflichkeit nehmen.

Politische Rundschau. Deutschland.

Aus dem Reichstage. Der zweite Tag der Berathung der Umsturzvorlage ist vorüber. Wie am ersten Tage der Staatssekretär Meierding als Vertreter der Regierung als alleiniger Vertreter gesprochen, so kam auch heute nur ein einziger Redner zu Wort. Drei und eine halbe Stunde dauerte die Sitzung und fast ebenso lange dauerte die Rede unseres Genossen Auer. Mit gespanntester Aufmerksamkeit hörte man ihm auf allen Seiten des Hauses zu, selbst Herr von Stumm und dessen Gesinnungsgenossen zog er in seinen Bann. Und als Auer nach 3 1/2 Stunden so kräftig schloß, als er begonnen hatte, da hatte keiner von der gegnerischen Seite — sagen wir — die Neigung, unserm Parteigenossen zu antworten und die Sitzung wurde auf morgen vertagt. Es war eine glänzende, ebenso scharfsinnige wie formvollendete Rede, darüber kann es nur ein Urtheil geben, das empfand man unten im Hause wie oben auf den dichtgefüllten Gallerien. Bernichtende Keulenschläge ließ Gen. Auer auf die Vertreter unserer bürgerlichen Gesellschaft und Moral herniederfahren und einer Züchtigung mit Skorpionen glich es, als der Redner auf den von der Vorlage geforderten Schutz für Monarchie, Eigenthum, Ehe und Familie zu sprechen kam. Er ließ da eine Reihe von Monarchen Revue passiren, deren Thun durchaus nicht immer reinlich und zweifelsohne war, er wies auf das durch Raub und Wucher „erworbene“ Eigenthum hin und schilderte die Familie und Ehe untergrabende Ausbeutung in grellen aber wahren Farben. Den Schlußworten Auers folgte lang anhaltender, enthusiastischer Beifall unserer Parteigenossen. Die Rechte wagte nicht einmal zu zischen. Sie dürfte die Ueberzeugung erlangt haben: „Mit dieser Vorlage ist die Sozialdemokratie nicht klein zu kriegen.“

Ein staatsstreikender Hofsprenger a. D. In einer der letzten Nummern seiner „Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung“ bringt der preussische Landtagsabgeordnete Synodale und außer Dienst gesetzte Hofsprenger Stöcker einen Artikel „Zum Kampfe“, der eine neue eigenartige Illustration zum Kampfe für Religion, Ordnung und Sitte abgiebt. Mit Allem, was bis jetzt in diesem Kampfe geschehen ist, giebt sich Herr Stöcker noch nicht zufrieden, weil „die Halbheit und Unentschlossenheit, die alle Maßregeln unserer inneren Politik charakterisirt, bis jetzt auch über dem Ruf zum Kampfe waltet.“

„Offenbar war es, als der Kaiser seine Rede in Königsberg hielt, auf eine Aktion im Großen, wohl gar im größten Stil abgesehen.“ Nun aber „verstärken die Vorbereitungen zu dem geplanten Geisteskrieg nur den Eindruck der Bersahrenheit den seit fünf Jahren bei uns Alles hervorruft.“

Herr Stöcker pflückt dann „alle Kamellen“. Er rühmt sich zum foundsovielten Male, daß er der erste gewesen ist, welcher die Fahne des Antisemitismus erhoben hat. Seiner „Berliner Bewegung“ legt er eine

Macht bei, die sie niemals auch im Entferntesten gehabt hat und haben wird. „Im sozialen und politischen Leben der Hauptstadt, schreibt Stöcker, war die Lage wenigstens so weit verändert, daß gegen den Umsturz eine volksthümliche Macht auf den Plan trat, welche die begründete Hoffnung erweckte, dem Umsturz einen starken Gegner zu erziehen. Aber dieselbe Regierung, welche jetzt zum Kampfe ruft, hat Alles gethan, um diesen Kampf im Mittelpunkt des Reiches zu hindern.“

Eigenlob stinkt, das gilt auch für Stöcker, und die Thatsachen reden eben eine andere Sprache. An Unterfütterung der Stöcker'schen Bewegung durch die Behörden hat es wahrlich nicht gefehlt. Aber die Macht der Verhältnisse hat sich eben stärker erwiesen als Stöcker und seine Freunde am grünen Tische. Nachdem Stöcker sich an seinem früheren „Aubaine“ gesonnt hat, bemerkt er in dem angezogenen Artikel:

„Eine Auflösung des Reichstages, zu der man mit Entschlossenheit schreiten könnte, hätte vielleicht den verbündeten Regierungen die Majorität gebracht. Falls auch dies Mittel nicht, so wäre eine Veränderung der Reichsverfassung, des Wahlrechts, des Reichstages zu erwägen gewesen. Auch ein Staatsstreik, der ja im Reich, wo keiner die Verfassung beschworen hat, anders zu beurtheilen ist, als in den Einzelstaaten, würde der Mehrheit des Volkes keine großen Bedenken verursachen.“

Das ist die Empfehlung des „Umsturzes“ von „oben“, der natürlich straffrei ausgehen soll, während man für den „Umsturz von unten“ nicht Daumenschrauben genug ausfindig machen kann. Sind das die kühnen Reden, die gegen den „Umsturz von unten“ zu Felde ziehen wollen? Sind das etwa die guten Beispiele, mit denen man dem „Volke“ vorangeht? Uns ist es recht. Auch die Stöcker'schen Worte beweisen nur, daß die bürgerlichen Klassen rath- und thatlos sind; sie haben den Kopf verloren, weil ihnen die Verhältnisse selbst über den Kopf gewachsen sind.

„Umsturz“ und Duell. In einem Pistolenduell tödtete, wie die „Frei. Ztg.“ meldet, der Kapitänlieutenant Burski den Korvettenkapitän Mittler. „Man kann es,“ so schrieb die ultrantontane „Germania“ dieser Tage aus Anlaß eines Pistolenduels zwischen Saarburger Kavallerie-Offizieren, „in der That den sozialdemokratischen und demokratischen Blättern nicht verübeln, wenn sie eine solche Nachricht mit einem Hohn auf die Parole von dem „Kampfe für Religion, Sitte und Ordnung“ begleiten. Das Duell ist nach den Grundsätzen der christlichen Moral durchaus verwerflich und sündhaft wie dies auch angesehenen protestantische Theologen, z. B. Prof. Dr. v. Hengstenberg, nachgewiesen haben. Vor etwa einem Jahrzehnt erschien anlässlich des Falles Dehse eine protestantische Broschüre, in der das Duell als der „geadeltste Mord“ bezeichnet wurde. Auch staatlich ist das Duell als Vergehen gegen Religion, Sitte und Ordnung im Reichsstrafgesetzbuch unter Strafe gestellt, freilich unter milderer Strafbestimmungen, als Mord und Todtschlag und als die Körperverletzung mit gefährlichen Waffen, obschon das „aristokratische“ Duell schließlich doch nichts Anderes ist, als eine verfeinerte Form des „Fauftrechts“ und der „Messeraffären“, wie solche in den unteren Kreisen leider auch gar zu häufig vorkommen. . . . In dem Kampfe für Religion, Sitte und Ordnung, falls derselbe ernstlich und nach allen Seiten hin aufgenommen werden soll, erweist sich auch hier eine Lücke, welche die Reichstagskommission zur Vorberatung der Umsturzvorlage hoffentlich mit recht scharfen Maßnahmen gegen das Duell-unwesen ausfüllen wird.“ — Das Zentrum hat es in der Hand, Strafverschärfungen im Reichstages zu beantragen. Wenn es sich also als Hort des unverfälschten, praktischen Christenthums aufspielen will, dann also los mit einem Initiativantrage.

Der Gehektwurf über die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs wird im „Reichsanz.“ mit der Begründung veröffentlicht in derjenigen Fassung, in welcher der Entwurf Seitens der Reichsverwaltung fertiggestellt und den Bundesregierungen mitgeteilt worden ist. Nach Prüfung des Entwurfs durch die Regierungen wird über die Vorlage im Bundesrath Entschliessung gefaßt werden. — Eine ausführliche Besprechung des Entwurfs behalten wir uns vor. Wir wollen jedoch gleich bemerken, daß der Entwurf weder Fleisch noch Blut ist und nur neue Scheerezeien mit sich bringt.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht zwei ganz „geheime“ russische Erlasse. In denselben werden die Vorsteher des kaiserlichen Zollamts-Bezirks aufgefordert, auf etwaige Flugblätter, welche zur großpolnischen Agitation dienen sollen, zu vigiliren. In Rußland macht man also auch in „vertraulichen“ Rundschreiben.

Der „Sozialist“ ist wieder konfisziert worden. Staatsanwalt Dr. Benedig äußerte bekanntlich vor einigen Wochen in öffentlicher Gerichtsverhandlung, es wäre gelungen, den „Sozialisten“ unschädlich zu machen; jedenfalls würde bald dessen letzte Nummer erscheinen. — Vollständig gelungen ist dieser Plan nun allerdings noch nicht, aber es scheint doch stark an seiner Ausführung gearbeitet zu werden. — Am Sonnabend erschien wiederum ein Kriminalkommisnar mit etwa acht Schutzleuten in den Geschäftsräumen des „Sozialist“, und diese nahmen dort eine der beliebten Durchsuchungen vor. Wiederum wurden die Räume durchsucht, wiederum wurde das Personal

(auch die Schriftföher, ebenso wie ein zufällig anwesender Gast) einer Leibesvisitation unterworfen, und wiederum wurde der zeichnende Redakteur des Blattes, jetzt Adolf Dehmel in Nixdorf, verhaftet. Wie man auf Grund des Inhalts eine Beschlagnahme vornehmen konnte, und vor allem: wie man diese Beschlagnahme eventuell vor Gericht begründen will, ist uns unerfindlich. Der Inhalt der jetzt mit Beschlagnahme belegten Nr. 1 des „Sozialist“ ist vollständig harmlos. — Sollte sich daher diese Beschlagnahme, trotz des harmlosen Inhalts der konfiszierten Nummer, wirklich mit den bestehenden Gesetzen begründen lassen, dann — ja dann wissen wir wieder nicht, was die Regierung noch mit einem neuen Umsturzgesetz will; dann leben wir bereits jetzt unter Gesetzen, die schlimmer sind, als die in Rußland. — Wie nachträglich gemeldet wird, ist die Beschlagnahme auf Grund § 166 des R.-St.-G.-B. (Gotteslästerung) erfolgt. In dem beanstandeten Artikel ist fast lediglich Professor Treitschke, Niederding und die — Bibel zitiert.

Deutsche Lehrerfreiheit. Ein Lehrer in Kartwin (Provinz Preußen) hatte bei der vorigen Reichstagswahl für den freisinnigen Kandidaten gegen den konservativen agitirt. Deshalb war gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden und er wurde durch die königl. preussische Regierung zu Danzig mit Dienstentlassung bestraft. Das preussische Staatsministerium, an das er sich beschwerdeführend wendete, hat die Strafe aufgehoben und in bloße Dienstversetzung gemildert, weil des Lehrers Verhalten „nicht gerade als unehrenhaft“ zu bezeichnen sei. Eine Stelle aus dem Entscheid des Staatsministeriums, das unter Vorsitz des Ministers von Eulen- burg urtheilte, ist besonders bemerkenswerth. „Wie jedem andern Staatsbürger, so heißt es daselbst, ist auch dem Beamten die freie Ausübung des Wahlrechts zuzugestehen. Es folgt aber auch aus dem Verhältnis des Beamten als Staatsdieners und ist überdies auch durch den Allerhöchsten Erlaß vom 4. Januar 1882 ausdrücklich ausgesprochen, daß Beamte sich von jeder Agitation gegen die Staatsregierung auch bei den Wahlen fernzuhalten haben.“ — Der heutige Staat begnügt sich nicht, von dem Lehrer und anderen Beamten die ihnen aufgetragenen Dienstleistungen gehörig ausgeführt zu sehen, wofür sie nur zu oft recht jämmerlich besoldet werden, nein er verwehrt ihnen auch noch, die Vertretung ihrer Ueberzeugungen, also einer Grundpflicht jedes ganzen Mannes nachzugehen. Von den Landräthen fordert man etwas so „kühnes“ nicht.

Der Druckföhlerteufel als Majestätsverbrecher schreibt die „Breslauer Zeitung“:

In einer ostpreussischen Stadt etwa von dem Range von Insterburg hat jüngst der Druckföhlerteufel arge Verwirrung angerichtet. Da erscheint eine Provinzial-Zeitung, der nichts ferner liegt, als hochgestellte Personen zu beleidigen, zumal durch offene Schimpfwörter. Wenn man eine Rede, sagen wir eines Prinzen, als unünnig bezeichnen wollte, so wäre man selbst unünnig. Man könnte ebensogut am hellen, lichten Tage auf die Straße gehen und unter den Augen eines Schutzmannes oder Gendarmen Schaufenster einschlagen. Nun hat jenes ungenannte Blatt von einer Rede eines hohen Herrn berichtet, und im Laufe der Besprechung wird auf die „damalige Rede“ verwiesen. Da will es das Unglück, daß der Fehler das zweite „a“ ausläßt, so daß von der „damaligen“ Rede gesprochen wird, und nun ist das Verbrechen fertig. Ein harmloser Bürger lacht bei diesem Treiben des Kobolds, gegen den sich keine Redaktion schützen kann. Was alles hat der Druckföhlerteufel nicht schon angerichtet! Hat er nicht schon aus dem „Herrenhaus“ ein „Marrenhaus“ gemacht? Selbst wenn der hohe Herr, der jene Rede gehalten hat, jenes Blatt mit dem Druckfehler zu Gesicht bekommen hätte, er besäße Laune genug, hell aufzulachen. Anders der Staatsanwalt, der die Augenbraunen hochzieht und doch für möglich hält, daß der Redakteur verbrecherische Absichten gehabt habe. Er zitiert ihn an die Amtsstelle und führt ihm die Missethat gründlich zu Gemüthe. Aber er hält doch für heilsam, ehe er in aller Form die Anklage beantragt, dem Oberstaatsanwalt Bericht zu erstatten und er kann nicht verhehlen, daß der Redakteur höchst erstaunt erklärt habe, daß ihm nichts ferner gelegen, als jene hohe Persönlichkeit in so thörichter und brutaler Weise zu beleidigen, daß vielmehr nichts als ein unangenehmer Druckfehler vorliege. Der Oberstaatsanwalt fühlt sich bei diesem Bericht keineswegs behaglich. Er giebt dem Staatsanwalt zu verstehen, daß er besser gethan hätte, sich mit der Angelegenheit amtlich nicht zu befassen. Da aber einmal die Sache in den Akten ist, so sieht er sich genöthigt, seinerseits zur Erschöpfung des Instanzenzuges bei dem Justizminister anzufragen. Der Justizminister liest den Bericht und liest die Zeitung und liest abermals und abermals und abermals und fragt dann: „Was heißt damlig?“ Der Justizminister nämlich ist kein Ostpreuße. Man beruft also einen Sprachkundigen und vernimmt ihn als Sachverständigen über die Bedeutung des Wortes „damlig.“ Da erfährt die Exzellenz, daß das Wort vermutlich von „dumm“ herkommen werde, und daß man die Umlaute in Ostpreußen nicht liebe. Dabei soll der Justizminister ein mißvergünstigtes Gesicht gemacht haben, das nicht eben als Schmeichelei für den eifrigen Staatsanwalt in der ostpreussischen Provinzialstadt zu deuten wäre. Man erzählt, daß der Minister sich ungefähr in dem Sinne des Oberstaatsanwalts ausgesprochen habe, sodaß man mit einiger Sicherheit schließen konnte, er erachte das ganze Verfahren für recht überflüssig. Ob aber inzwischen die Einstellung des Verfahrens erfolgt ist oder

nicht, das wissen wir nicht. Sintemalen jedoch der Redakteur an dem angeblichen Verbrechen so unschuldig ist wie der Staatsanwalt selber, so muß man annehmen, daß, wenn schlimmsten Falls der Gerichtshof noch zum Urtheil berufen wird, eine Freisprechung erfolgen werde, es sei denn, daß es gelänge, statt des harmlosen Zeitungsschreibers den thörichten Druckföhlerteufel in Persona auf die Anklagebank zu bringen.“

Das Geschichtchen spricht für sich. Es ist vielleicht nicht minder angebracht, hierbei zu erwähnen, wie wir auf die Anklagebank wegen Majestätsbeleidigung kamen. Wir waren gerade Redakteur eines anderen Provinzialzeitung, als der berühmte Distanzritter Wien-Berlin stattfand. Bekanntlich fand später ein Begrüßungs-Festmahl der österreichischen und deutschen „Pferdeschinder“, wie jeder Thierfreund die Distanzreiter nannte, in Dresden statt. Auf diesem Festmahle wurden nun verschiedene Hochs auf die Monarchen ausgebracht. Das Unglück wollte, daß wir dieses Hoch einer Kritik unterzogen. Bei der Ueberladung mit Arbeiten ereignete sich aber das Unglück, daß wir uns in der Eile in der Stichmarke in dem Verhältniswort vergriffen; wir setzten „auf“ statt „mit“ und das Unglück war geschehen. Wir waren abgehalten worden, die Korrekturbögen einer Revision zu unterziehen, Korrektor und Seher hatten den „Schwupper“ ebenfalls übersehen. Um 3 Uhr Nachmittags war die Zeitung erschienen und um 5 Uhr schon wegen dreifacher (Kaiser von Deutschland, König von Sachsen, Kaiser von Oesterreich) Majestätsbeleidigungen konfisziert. Natürlich wurde uns der Prozeß gemacht. Und der Schreibfehler, als solcher mußte nun jeder Vernünftige erkennen, kostete uns 6 Monate Freiheit. Vor zwölf Monaten hatte uns nur unsere damalige „Kunigfernschaft“ bewahrt.

Italien.

Auswanderung. Nirgends so wie in Italien, wo weite fruchtbare Landstrecken unbebaut liegen, drückt sich die Ungeundheit der national-ökonomischen Verhältnisse in den Auswanderungsziffern aus. Die Zahl der Auswanderer ist im Jahre 1893 abermals gestiegen. Es wanderten im Jahre 1893 mit der Absicht sich dauernd außerhalb des Staates niederzulassen 124312 Personen aus gegen 107369 im Jahre 1892; für beschränkte Zeit wanderten aus 122439 gegen 116298 im vorhergehenden Jahre. In diesen Auswanderern stellen die zum Zwecke landwirtschaftlicher Saison-Arbeit nach Südamerika Wandernben einen hohen Prozentsatz. Von den für die Dauer Auswandernden waren 86939 männlichen, 37473 weiblichen Geschlechts. Von den 100217 für die Dauer Auswandernden, die mindestens 14 Jahre alt waren, waren 54595 landwirtschaftliche Arbeiter, 17286 Tagelöhner, 8374 Handwerker und Fabrikarbeiter, 6486 Maurer, Ziegel- und Stein-Arbeiter, 2225 Dienstboten.

England.

Ben Tillet betont in einer Zuschrift an die Tagespresse, daß im Maurerhandwerk und allen mit Bauten beschäftigten Gewerken 40 pCt. ohne Arbeit sind und von den übrigen 60 pCt. wird bloß die Hälfte Zeit gearbeitet. Ben Tillet befürwortet Kollektivismus für die Municipalität und den Staat: nur eine ökonomische Revolution könne helfen.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksboten.“)

Berlin, 8. Januar 1895.

9. Sitzung.

Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung Nachmittags 2 Uhr und wünscht den Abgeordneten ein glückliches neues Jahr. Im Bundesratsstich: von Bütticher, Schönstedt, von Bronsart, von Köller, Staatssekretär Niederding. Der Präsident stellt fest, daß das Mandat des Abgeordneten Prinzen zu Hohenlohe durch die ihm widerfahrne Verleumdung des Charakters als Legationsrath nicht erloschen ist.

Es folgt die Berathung der Umsturzvorlage. Auer (SD.): Man hat in weiten Kreisen den Abgeordneten v. Stumm als Vater der Umsturzvorlage bezeichnet. Herr Stumm hat hier erklärt, wenn er eine solche Vorlage ausgearbeitet hätte, wäre sie ganz anders ausgefallen. Wir glauben ihm das wohl Alle. Ein so wahres Wort hat Herr v. Stumm wohl selten ausgesprochen. Eine andere Version lautet, die Vorlage solle nur den Vorwand für eine Reichstagsauflösung geben, es sollen dann neue Steuern durchgebracht und damit die Umwandlung der Halbbrigade in Ganzbataillone herbeigeführt werden. Nach den Motiven hält die Regierung das jetzige Strafgesetz nicht für ausreichend gegen destruktive Tendenzen. Das ist schon 1876 behauptet worden und wird immer behauptet, wenn man die Volkfreiheit einschränken will. Als im Jahre 1870/71 das Reichsstrafgesetzbuch zum Gesetz erhoben wurde, da schwebte der Geist der Humanität noch so über dem Reichstag, daß Bismarck seinen ganzen Einfluß aufwenden mußte, um die Todesstrafe durchzubrüden. Wenn heute Jemand hier den Antrag auf Aufhebung der Todesstrafe stellte, er wäre reif für das kastanische Panoptikum. Das Köpfen und Hinrichten gehört heute zu den unentbehrlichsten Staatsanrichtungen des Deutschen Reiches. (Sehr gut! links.) In den Motiven wird auf die Wohlthaten der Sozialreform hingewiesen. Ich frage mich bei solchen Hinweisen immer, wie kann man bei solchem doch ganz selbstverständlichen Thun immer als von etwas Besonderem reden? Zeugt es nicht dafür, daß unsere herrschenden Klassen es eigentlich nicht für ihre Pflicht halten, sondern als Großmuth, den Arbeiter für erlittene Unfälle zu entschädigen, bei Krankheiten zu unterstützen. Wäre es nicht recht und billig, die Armen in Krankheit und Noth von Staatswegen zu unterstützen? Bei unserer Versicherungsgesetzgebung muß der Arbeiter zum größten Theil selbst für sich sorgen. Nein, meine Herren, Sie hantieren die Wohlthaten der Sozialreform gar sehr auf! Die Umsturzvorlage erinnert an die Zeit, da Herr von Puttkamer noch am Bundesratsstich saß und sich seine Bartföhlerteilen strich. Der Herr Staatssekretär sagt, die Vorlage bewege sich auf dem Boden des gemeinen Rechts und richte sich nicht ausschließlich gegen die Sozialdemokratie. Ich glaube dem Herrn Staatssekretär, aber das hindert doch nicht, daß Andere diese Ueberzeugung nicht haben und das Gesetz nach dieser

Richtung hin anwenden. Wie ist das Sozialistengesetz angewendet worden, von dem Herr von Bennigsen gesagt hat, es richte sich auch nicht speziell gegen die Sozialisten? Professor von Gneiss sagte in einer Broschüre, es komme nicht auf die That, sondern auf den Ausführer an. Dieselbe That blieb ungepöbeln, wenn sie von einem Nichtsozialisten begangen war. Die sächsischen Behörden richten sich nicht nach den Erklärungen des Herrn Staatssekretärs Niederding. Herr Niederding hat aus dem Strafverzeichniß „Unter dem neuen Kurse“ im „Vorwärts“ gefolgert, daß die Neigung zu verbrecherischen Handlungen unter den Sozialdemokraten gestiegen sei. Das ist ein Irrthum. Die Zuchthausstrafen, die dort angeführt sind, haben nicht Sozialdemokraten, sondern Anarchisten, bekanntlich unsere giftigsten Gegner, getroffen. Herr Niederding hat den alten Ritenrad aus des seligen Wittkammer's Zeiten ausgeschüttet. Dabei ist ihm bei der Korrektur seines Stenogramms ein Irrthum passiert. In der Kravotzinschen Schrift heißt es: „Alle Religionen sind auf Blut begründet“, nicht wie es im Stenogramm zu lesen ist, „auf Lug“. Aus unserer reichen Broschürenliteratur, aus unserer Presse, die 24 täglich erscheinende Blätter u. s. w. umfasst, hat Herr Niederding nicht eine Stelle zitiren können, die zur Begründung des Gesetzes zu dienen vermag, das uns vernichten soll. (Sehr richtig, bei den Sozialdemokraten.) Dem Herrn Staatssekretär wurde, als er eine 25 Jahre alte Schrift Bakunins zitierte, zugerufen: „Alle Kamellen“. „Ja“, erwiderte er, „auch der Dolch ist eine alte Waffe.“ Der Herr Staatssekretär scheint also zu meinen, daß auch alte revolutionäre Schriften gefährlich wirken können. Da hätte er aber gar nicht erst nötig gehabt, den Bakunin durchzumustern, er hätte sich an die Briefe eines Mitgliedes des Ministeriums, an die Briefe Miquels halten können, die auf unserer Arbeiterpartei verlesen worden sind. Reuber zitiert unter großer Heiterkeit der Linken des Hauses eine Reihe der bekanntesten Stellen aus diesen Briefen, die von der Diktatur der Arbeiterklasse, der Wahl der Mittel nach der Zweckmäßigkeit, der Organisation von Bauernausständen u. s. w. handeln. Das sind ganz häßliche Zitate! (Große Heiterkeit.) Und Herr Miquel ist nicht der Einzige, den ich zitiren könnte. Es sind gar Manche hier, die da denken: „Wenn jetzt der Auer ansprechen wollte, da kämest Du schlecht weg!“ (Große Heiterkeit.) Im heißen Jugenddrang, in der Jugendbegeisterung dachten sie anders, als jetzt. Der Herr Staatssekretär hat sich zur Begründung der Vorlage auch auf die „Mossische Freiheit“ berufen und hinzugefügt, daß die Polizei die Verbreitung dieses Blattes in Deutschland trotz aller Anstrengung nicht zu verhindern vermochte. Nun, diese Stellung der Polizei zur „Freiheit“ ist nicht immer so gewesen. Ich erinnere an die Enthaltungen meiner Genossen Singer und Vogel im alten Hause über Haupt und Schröder. Damals wurde nebulös festgestellt, daß Geldmittel aus den Geheimfonds der preussischen resp. deutschen Polizei zum Druck der „Freiheit“ hergegeben wurden. Wer sind denn eigentlich die Abonnenten der „Freiheit“? In Deutschland sind sicherlich sehr wenig Leute vorhanden, die das Risiko auf sich nehmen, die „Freiheit“ zu lesen. Am 19. November 1885 erschien eine Denkschrift der Regierung, welche die Verlängerung des Belagerungszustandes über Berlin begründen sollte. Darin hieß es: „Die „Freiheit“ wird in 5000 Exemplaren gedruckt, von denen nur 500 in Amerika bleiben. 4500 Exemplare gehen meist ohne Aussicht auf Bezahlung nach Deutschland und Oesterreich.“ Am 30. März 1894 fand nun eine Gerichtsverhandlung in Elberfeld gegen Genossen Arwidel wegen Verlesung der Nachener Polizeibehörde statt. In dieser Verhandlung mußte der als erster Zeuge vernommene Polizeiinspektor Mähling aus Mache zugeben, daß er im Jahre 1886 zu verschiedenen Malen die „Freiheit“ und den „Sozialdemokrat“ durch ein Subjekt Namens Hugo Wink bezogen habe. Wink ließ die „Freiheit“ von Frauen aus Wewiers nach Mache bringen. Eine Zeugin sagte aus, daß sie mehrere Exemplare der „Freiheit“ unter den Winkeln ihres Kindes eingeschmuggelt habe. Sie gab sie Wink, der sie forttrug. Dann wurde sie verhaftet und sie sah die Exemplare der „Freiheit“ auf dem Tische des damaligen Polizeikommissars Mösling liegen. — Sie sehen also, meine Herren, wie wohlorganisiert die Einschmuggelung der „Freiheit“ durch die Polizei in diesem Falle war und wie mit allen Mitteln für ihre Einführung gesorgt wurde. Das Subjekt, das im Dienst der Polizei stand, Wink, mußte zugeben, daß er 18 Monate im Zuchthaus gesessen habe. Das sind die Elemente, deren man sich bedient, um die „Freiheit“ in Deutschland zu verbreiten. — Auch auf ein in Deutschland selbst erscheinendes Blatt, den „Sozialist“, hat der Herr Staatssekretär hingewiesen. Das Wochenblatt wird gern, vielleicht absichtlich, mit unserem Zentralorgan, dem „Vorwärts“, verwechselt. Vielleicht ist das ein Dumm für das Schicksal des „Vorwärts“, falls die Vorlage Gesetz wird. Der „Sozialist“ ist i. Z. unter freier Zustimmung aller bürgerlichen Parteien von den „Jungen“ gegründet worden, um uns ein Bein zu stellen. Ihn zu vertheidigen, ist nicht unsere Sache. Wenn er den Herren aber jetzt unbenommen wird, so sei doch daran erinnert, daß es eine Zeit gegeben hat, wo er ihnen sehr angenehm war. Jetzt wird er überall konfisziert und seine Redakteure verurtheilt, und das manchmal aus Gründen, die selbst Juristen unbegreiflich sind. Früher aber, solange er die Führer der Sozialdemokratie persönlich verächtigte, waren ihm die tollsten Angriffe erlaubt. Erst jetzt, wo er diese Angriffe eingestellt hat, soll er rühmt werden. Redner verliest zum Beweise hierfür den Aufsatz des Metallarbeiters Brand in Nr. 44 des „Sozialist“ vom Jahre 1893 der eine gewerkschaftliche Gegenorganisation gegen die Sozialdemokratie gründen wollte. Der Aufsatz führte eine äußerst aufreizende Sprache. Vor Gericht mußte dann Brand zugeben, daß er von der Polizei mit Mk. 95 honorirt worden sei. (Hört, hört, links.) Glaube der Herr Staatssekretär, daß die anarchischen Erzeugnisse, die er zitiert hat, durch die Vorlage unterdrückt werden können? Diese Sachen werden im Auslande hergestellt und werden nach wie vor hier Eingang finden. London ist das Hauptlager internationaler Spitzel. Erst jüngst sind wieder in London anarchische Erzeugnisse fabrizirt worden, die so hinüberbraunt sind, daß man uns solcher Dinge nicht für fähig halten wird. Der Herr Staatssekretär nickt mit dem Kopfe. (Heiterkeit.) Das sind eben Ausgeburten kranker Geirne. Warum ist denn überhaupt nur der Umsturz strafbar, wenn er von unten aufgenommen wird? Warum nicht der von oben? Ich erinnere an Herrn Constantin Nähler, oder den sächsischen Herrn von Blumenthal und, das Allerneueste, den Hofprediger a. D. Stöcker. Ihm macht der Staatssekretär keine Kopfschmerzen, er hofft vielleicht, daß aus dem a. D. wieder ein „im Dienst“ wird! Das ist eine Staatsstuppe, ein konservativer Mann. Warum schreien Sie nicht über diesen Umsturz von oben? Wenn das nicht aufzugehen ist, dann lassen Sie den alten Bakunin und Kravotzin in aller Seelenruhe schlafen. (Heiterkeit.) Recht ist hier ein „Anarchist“ zu 12 Jahren Zuchthaus verurtheilt, d. h. er ist aus der Welt ausgeremert worden, denn 12 Jahre Zuchthaus hält so leicht Niemand aus. Der Mann hat auf ihn verfolgende Polizisten geschossen und einen leicht verwundet. Gewiß mußte das Verbrechen gesühnt werden. Aber wäre der Mann nicht Anarchist, hätte ihn nicht das politische Odium belastet, wäre er vielleicht ein einfacher Zuhälter gewesen, er wäre milde weggenommen. Ich will aber gar nicht über die Höhe der Strafe urtheilen, nur zeigen, daß die heutige Gesetzgebung für schwere Strafen ausreicht. Der „Sozialist“ erscheint seit drei Jahren; im Jahre 1892 ist er acht Mal konfisziert worden; die Redakteure erhielten 15 Monate Gefängniß; 1893 wurde er 14 Mal konfisziert, und die Redakteure erhielten 11 Monate Gefängniß. 1894 7 Mal konfisziert und 49 Monate Gefängniß. Ist das nicht genug? Es muß etwas geschehen, sagt man jetzt. Was ist denn geschehen in letzter Zeit. Der den Konservativen doch sehr verwandte Herr von Biebermann erklärte uns ja für Revolutionäre in Schlafrock und Pantoffeln. Ich glaube nicht, daß der Bierbrotstod den Anlaß zur Vorlage gegeben hat. Nein, das Gefühl Ihrer Unsicherheit, daß

Gefühl, daß die Stützen unten und oben wackelig geworden sind, das ließ Sie einen Krügelknaben suchen! Der Krügelknabe soll natürlich wieder die Sozialdemokratie sein. Doch wir werden bleiben, was wir sind, wir haben uns nicht geändert und werden uns nicht ändern. (Beifall links.) Ich gehe nun zu den einzelnen Paragraphen über. (Große Heiterkeit.) Zunächst der § 111. Es ist schon manches Verbrechen mit dem Tode bestraft worden, was später als heroische That gepriesen worden ist. Ich erinnere an Andraffy, Robert Blum, Palm. Würde der § 111 Gesetz, das ganze Konstitutionsrecht wäre vernichtet. Wenn Sie von dem Verbrechen sprechen, so vergessen Sie in dem § 111 nur auch das Duell nicht, mit dem sich gewisse Kreise das Monopol des Todeschlags gesichert haben. Der § 111a stellt die Verherrlichung des Diebstahls unter Strafe. Nun, ein Pastor schrieb einmal, es sei ungerecht, die armen Leute wegen des Holzsaufens zu bestrafen; das sei das Recht auf die Spitze getrieben. Sie sehen, wie dieser Pastor den § 111a verletzen würde, wenn dieser Gesetz wäre. Präsident von Lwow macht den Redner darauf aufmerksam, daß er den § 111a nur streifen wollte. Auer (fortfahrend): Ich bin fertig. Auch ich bin mit dem Präsidenten der Meinung, daß ich das Wenigste dazu gesagt habe. (Große Heiterkeit.) Der Redner weist nun auf die Erfahrungen beim Sozialistengesetz, auf das Kaufschutartige der §§ 126 und 129 hin. Das Abkommen auf eine sozialistische Zeitung genügte damals den Gerichten, die Ingebrigkeit zu einer in Deutschland verbotenen Verbindung heranzubestimmen. Was heißt in § 129 „gewaltthätiger Umsturz“? Es braucht gar keine Handlung vorzuliegen, der Verdacht bei dem Richter genügt zur Verurteilung. Diese ungeheuerlichen Bestimmungen erwecken in mir den Mauthen: „Man verlangt recht viel, um wenigstens Einiges heranzuschlagen!“ Wenn dieser Paragraph Gesetz wird, so wird die einfache Thatsache, daß ein Soldat mit auf ein sozialdemokratisches Fest geföhrt wird, dem Zivilisten eine Strafe von einem Monat bis drei Jahren einbringen. Ich erinnere an die Affaire des Genossen Stolle, dessen Sohn verboten worden ist, als Soldat die Wirtschaftsräume seines Vaters zu betreten. Das ist heute schon möglich. Ist die Vorlage Gesetz, kann der Vater, wenn er das Verbot nicht befolgt, eine Strafe von einem Monat bis drei Jahren erleiden! Da fragt man sich doch, sind die da droben ganz aus dem Häuschen? (Große Heiterkeit.) Den Gegensatz zwischen Arme und Reichen sucht man immer mehr heranzuführen. „Ihr tragt einen besonderen Noth. Ihr seid etwas ganz Vonderes“, dieser Gedanke kehrt immer wieder. Ja, man sagt sogar: „Ihr müßt auf Vater und Mutter schießen, wenn es Euch befohlen wird?“ Und es giebt eine Presse, die nichts dabei findet. Wenn das Säkralische wirklich geschehen soll, wenn die Staatsraison irgend wann einmal es zu Gebote macht, dann thue man es, aber man predige es nicht vorher. Auch ich bin Soldat gewesen. Aber die alten Offiziere, die von Weissenburg bis Orleans Aufzeichen für ihre Tapferkeit gegeben hatten, sagten nichts Derartiges zu uns. Aber wenn Unteroffiziere, die durch ihre Nothwendigkeit besetzt waren, derartige Aeußerungen gegen uns machten, dann, wenn ich daran dachte, daß ich auf meine alte Mutter schießen sollte, da ließ es mir taub über den Rücken! (Bewegung.) Von unserer Seite ist die Erfüllung gewisser Pflichten nie negirt worden. Wenn demgegenüber immer auf die gewaltthätige Widerverfugung gewisser Bevölkerungskreise hingewiesen wird, so sagen wir: „Weß das Herz voll ist, deß geht der Mund über!“ Wir haben zu solchen Aeußerungen keine Veranlassung gegeben. (Aufe rechts: Doch!) Noch keine! Ja, wer weiß denn, was Sie (rechts) noch Alles machen werden? (Große Heiterkeit.) Der § 130 will die Gefährdung des öffentlichen Friedens schützen. Ich sage, er macht alle Agitation unmöglich, die agrarische mit eingeschlossen. Ehe, Monarchie und Religion sollen geschützt werden. Dann werden ja hoffentlich auch die Juden den Schutz finden, den ihnen der Abgeordnete Miderst mit seiner Judenschnurtruppe schon so lauge rühern wollte. Den Antisemiten könne es da schlecht gehen. (Große Heiterkeit.) Denn was die die Juden und das Judenthum lästern, dafür giebt es kein Beispiel. Wird man auch gegen die in liberalen Kreisen vorhandenen Auffassungen über religiöse Dinge vorgehen? Oder will man nur die von der Kreuzzeitungspartei vertretene Religionsauffassung gelten lassen? Die „Kreuzzeitung“ wettet ja dagegen, daß auf den hochschönen von den liberalen Professoren Anschauungen vertreten werden, die sich mit dem positiven Christenthum nicht decken. „Dort dürfen ja noch Lehren gepredigt werden, die mit dem für die Massen bestimmten im schärfsten Widerspruch stehen“, sagt die „Kreuzzeitung“. Und das sei gefährlich, seit dem die Sozialdemokratie da wäre. Die „Kreuzzeitung“ meint: „Nicht nur die Juden sind unser Unglück, die liberalen Professoren sind es auch, unter Umständen sogar noch mehr.“ „Die Mittelparteiler“, heißt es in dem Kreuzzeitungsartikel weiter, „sind es, was im Himmel und auf Erden Autorität heißt, unterwählen.“ Herr von Bennigsen, werfen Sie sich das! (Heiterkeit.) Daß in den Kreisen der liberalen Professoren man über religiöse Dinge manchmal sich in einer Weise äußert, die bei Sozialdemokraten bestraft würde, darüber ist nicht der leiseste Zweifel. Erst im Novemberheft einer von einem liberalen Professor redigirten Zeitschrift lese ich von dem katholischen Dogma der unbefleckten Empfängniß Maria als von dem „Märlein der jungfräulichen Geburt“, (Hört! Hört! links.) Das wird ganz ruhig abgedruckt. Wenn Arbeiter das sagen, dann kommt natürlich der Staatsanwalt. Auch die Monarchie soll geschützt werden und in den Motiven steht der wunderbare Satz, daß ohne Monarchie an eine geistliche Entwicklung unserer Zustände nicht gedacht werden kann. Nun, wir haben doch Republiken im Deutschen Reich und diese entwickeln sich doch nach heutigen Bourgeoisbegriffen ganz gedeihlich ohne Monarchie. Aber, wird der Satz so allgemein aufgestellt, dann fragt man sich: Muß auch Wehantzin von Dahome, muß auch dessen Monarchie geschützt werden? Darf man sich auch über diesen Mann nicht „in beschimpfender Weise äußern“? Darf man nichts über die Gewohnheiten des Schahs von Persien sagen, die wir ja i. Z. bei keinem europäischen Besuch kennen gelernt haben? Es giebt eine ganze Reihe anderer interessanter Weltkaten, die auf Thronen sind oder gewesen sind. Ist denn eine Majestätsbeleidigung, Epidemie ausgebrochen, macht sich überhaupt eine besondere Bewegung gegen die Monarchie bemerkbar? Daß es in Deutschland Republikaner giebt, ist zweifellos. Auch außerhalb unserer Partei giebt es einen ganzen Haufen Leute, die in der Republik einen Fortschritt gegenüber der Monarchie erblicken. Wenn nun mit einem Male das Verbot auftritt, die Monarchie als Institution besonders zu schützen, so muß man sich doch fragen: Ja, liegt denn dazu ein besonderer Anlaß vor? Wenn wir Menschen halten über die gekrönten Häupter in Europa, so muß man sich allerdings fragen: Es treten da Erscheinungen zu Tage, die es begreiflich erscheinen lassen, die Monarchie als Institution vor jeder Kritik möglichst zu wahren. (Sehr gut! links.) Ich darf nur darauf hinweisen, daß es kein menschliches Gebrechen, angefangen von kindlicher Unbefangenheit bis zum Wahnsinn giebt, das nicht auf den europäischen Thronen in der einen oder anderen Form seine Vertretung hat. (Sehr richtig! links.) Das ist eine Thatsache, die wir alle kennen. Und haben wir nicht unter den Kronenträgern Europas Exemplare, die, wenn man sie nennt, einem sofort die Vorstellung von der höchsten Niederlichkeit geben? Ist es nicht Thatsache, daß Angehörige regierender Häuser an allen Schmutzhändeln der neuesten Zeit in den Spielhöhlen und Lasterhöhlen mitbetheiligt waren? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb ist ja die Scheu vor der Kritik begreiflich. Wenn ich mir einen Vorstoß erlauben dürfte, so wäre es der, daß gewisse Kreise eine Forderung bilden und da die Bestimmung des § 97 unserer Gewerbeordnung aufnehmen, wo gesagt ist: „Aufrechterhaltung und Stärkung der Standesehre.“ (Sehr gut, bei den Sozialdemokraten.) Diesem offenkundigen Schaden entspricht vollkommen der geradezu

in's Ausräumen ausartende Byzantinismus, wie er sich in Deutschland breit macht. Und der Byzantinismus ist eine Erscheinung, die sich bei absterbenden Völkern bemerklich macht, das empfinden selbst Blätter, wie die „Kreuzzeitung“ und die „Münchener Allgem. Ztg.“ Die Letztere sagt: „Damit sind wir auf dem Wege zu jenem byzantinisch-orientalisch verfeinerten Stil, der aus jedem Herrn einen Herrn des Himmels und der Erde und aus dem gemeinen Mann einen Hund und den Sohn eines Hundes macht.“ (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Was haben wir hier vor Weihnachten erlebt? Meine Herren! Ich glaube nicht an dieses „sittliche Pathos“, mit dem man sich hier als Kronenwächter hingestellt hat. Weßhalb geht man nur mit einem Male mit seinen lokalen und monarchischen Gefinnungen hier hauffen? Es müssen Dinge vorgefallen sein, die diese besondere Betonung der Gefinnung erforderlich machen, denn es ist nicht immer so gewesen. Ich erinnere an den Artikel der „Allg. Zeitung“ über die „Vernunftmonarchisten“, der zu einer Zeit erschien, wo in Preußen die Vernunftmonarchie verlangt wurde. Damals ging es an den Geldbeutel und da besann man sich auf den „Heisen Naden“, der sich nicht unter der „Selbstherrlichkeit“ beugen wollte, die „den Begriff der Monarchie mythisch überbanne“. An keiner Stelle werden so schlechte Witze über eine gewisse Persönlichkeit gemacht, als auf der Berliner Börse. Und was hätten wohl die Veranlasser des Walfot-Festes für Strafen bekommen, wenn sie Sozialdemokraten gewesen wären. (Sehr richtig, bei den Sozialdemokraten.) Die Vorlage soll nun auch die Familie schützen. Von den Konservativen hören wir immer, daß wir die Familie zerstören wollten. Meine Herren Konservativen: Wie sind denn Ihre Familien entstanden? Durch die Zerstörung der Existenz von Hunderten von Menschen, durch das Vauernlegen und Vertreiben. Die Existenz von Heirathsbüreaus, die sie bei ihren Eheschließungen benutzen und die Ehe zum Geschäft degradiren, wird von der Vorlage nicht getroffen. Uns wirkt man Familienwirtschaft vor, aber solche Ludras, wie sie in gewissen anderen Kreisen vorkommen, giebt es bei uns nicht. Da ist in Breslau eine Prostituirte getödtet worden, die ihre Geschäfte nicht in Arbeiterkreisen gemacht hat, Elise Groß. Mit allem Pomp ist sie begraben worden und das Geleite gaben die Breslauer Zuhälter. Nun erzählt das „Volk“, daß ein Graf Tassilo von Schweidnitz die vornehme Bestattung bezahlt hat. (Hört, hört! links.) Also her edle Mann aus reinem blauen Blute giebt das Geld zur Bestattung und die Zuhälter besorgen das Geleite. (Bravo bei den Sozialdemokraten.) Das ist auch ein Bild aus heutiger Zeit, aber die Vorlage richte sich durchaus nicht dagegen. Auch nicht gegen den Herrn Stephan, der den unteren Postbeamten das Heirathen verbietet. Auch nicht gegen die Offiziere, die ihre Frau nicht aus Liebe, sondern nur wegen des Geldes geheirathet haben. Auch nicht gegen die schamlose Verletzung des Anstandes in gewissen Fabrikbetrieben. Auch nicht gegen die schamlose Ausbeutung der Frauenarbeit, alles Dinge, die die Familie wirklich zerstören. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Auch das Eigentum soll geschützt werden. Wird denn das Eigentum immer so zweifelsohne erworben? Darf das durch Spiel, Wucher und Ausbeutung erworbene Eigentum nicht kritirt werden? Was kommt z. B. in der Getreidepekulation nicht Alles vor. Die Börse macht sich Wucherthum zu Hauke. (Aufe: Juden!) Ja, diese Horben sind aber Staatskästen! Wo wäre das deutsche Reich ohne Rothschild und Bleichröder? Ja, Sie verfolgen die armen Juden, mit den reichen machen Sie (rechts) Geschäfte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun zum § 132. (Aufe.) Ja, wir haben doch die Vorlage nicht verlangt; nachdem wir sie einmal haben, wollen wir uns auch gründlich ansprechen. (Sehr richtig! links.) Wenn wir sagen, es handelt sich weniger um ein Sozialistengesetz, als um neue Steuern, so ist das ein Vergehen gegen § 131. Was auf dem Gebiete der Rechtsprechung jetzt schon möglich ist, sollte doch weitgehendsten Ansprüchen genügen. Ich erinnere nur an den „groben Umfangsparagraphen“. Wir werden hier gewiß Anträge auf Verstrafung des Boykotts bekommen. In Sachen ist die Frage längst gelöst. Dort ist der Boykott „grober Umfang“. Redner verliest unter Heiterkeit des Hauses die von den sächsischen Gerichten gefällten Urtheile wegen abfälliger Urtheile über das boykottirte Waldschloßchenbier. 1660 Mark Geldstrafe und 49 Wochen Gefängniß sind in Dresden wegen des Waldschloßchen-Boykotts verhängt worden, wegen eines Verbrechens, das sonst im ganzen Deutschen Reich straflos geblieben ist. Damit komme ich zum Schluß. (Bravo, rechts.) Ich wüßte, daß Sie Bravo rufen würden. Ueber die Abänderung des Preßgesetzes und Militärstrafgesetzes will ich nicht mehr viel sagen, nur auf eine Thatsache möchte ich hinweisen. Erweitern Sie die Beschlagnahmefähigkeit, so werden Sie schließlich das Eigentum der oppositionellen Staatsbürger gegen Polizeibergreife schützen müssen. Meine Parteigenossen und ich haben, wie gesagt, das Sozialistengesetz nicht gefürchtet, haben alle Polizeimaßnahmen nicht gefürchtet, wir fürchten auch dieses nicht, wir halten es aber für überflüssig, schädlich und werden deshalb für runde Ablehnung gegen eine Kommissionsverweisung stimmen. Alles was Sie daher wollen — sonst noch — machen Sie's für sich. Das Eine aber glauben Sie mir, die Sozialdemokratie werden Sie nicht unterkriegen. Sie ist der nothwendige Ausfluß unserer gesellschaftlichen Verhältnisse. Der frühere Kurs hat der Sozialdemokratie gegenüber erklärt, daß er den Muth der Kaltblütigkeit habe. Der Muth der Kaltblütigkeit ist bei dieser Vorlage zum Teufel gegangen. Sie marschiren jetzt unter dem Hasenpanier. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die Sitzung wird hierauf vertagt. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. Tagesordnung: Antrag Auer auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Stadthagen. Dann Fortsetzung der heutigen Beratung. Schluß 5¼ Uhr.

Lübeck und Umgebung.

9. Januar
Kataster. In Gemäßheit der Bestimmungen des § 9 des Gesetzes vom 9. Juni 1890, betr. „die Vermessung und Katastrirung der innerhalb der Stadt Lübeck gelegenen Grundstücke“, macht das Katasteramt bekannt, daß die Karten und Vermessungsregister derjenigen Grundstücke, welche von der Großen Burgstraße, der Kaiserstraße, der Wakenismauer und der Gr. Gröpelgrube eingeschlossen werden, innerhalb der nächsten 4 Wochen im Bureau des Katasteramtes (Dienststunden werktäglich von 10 bis 1 Uhr Vormittags) zur Einsicht öffentlich ausliegen. Während der Auslegung wird den Betheiligten jede zur Prüfung der Richtigkeit der Karten und Register gewünschte Auskunft durch den Vermessungsinspektor erteilt werden. Die Betheiligten sind innerhalb der vierwöchigen Frist zur Erhebung von Einsprüchen befugt a) wegen unrichtiger Vermessung und Kartirung der Eigenthumsgrenzen; b) wegen unrichtiger Vermessung und Kartirung von Erbbaue- und Stockwerksrechten; c) wegen unrichtiger Berechnung des Flächeninhaltes und d) wegen unrichtiger Angabe der Eigenthümer. Dem Einsprüche, welcher schriftlich bei dem Kataster eingereicht werden muß, sind die den Eigenthümer bereits amtlich zugefertigten Auszüge aus der Karte beizulegen. Rückertattung von Beiträgen aus der Alters- und Invalidenversicherung. Um die Mitte des begonnenen

Kalenderjahrs wird der Zeitpunkt eintreten, von welchem ab gemäß den §§ 30 und 31 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes die Erstattung von Beiträgen an weibliche Personen, die die Ehe eingehen, sowie an die Hinterbliebenen von Versicherten erfolgen muß. Im Allgemeinen wird die Erstattung von den Versicherungsanstalten vorgenommen werden müssen, die ja auch durch den Verkauf der Beitragsmarken die Einnahmen gehabt haben. In einem Theile wird jedoch das Reich daran gleichfalls theilhaftig sein. Nach § 117 des genannten Gesetzes kann nämlich die Invaliditäts- und Altersversicherung von denjenigen Personen, welche aus dem Versicherungsverhältnis ausscheiden, durch Verbringung sogenannter Zusatzmarken freiwillig fortgesetzt werden. Die Einnahmen aus dem Verkauf dieser Zusatzmarken (Doppelmarken) fallen dem Reiche zu. Seit dem Jahre 1891, an dessen Beginn das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz in Kraft trat, weisen die Etats des Reichsamts des Innern unter den Einnahmen eine Position hierfür auf. Ob nun schon im nächsten Jahre dem Reiche infolge der §§ 30 und 31 a. a. O. Ausgaben erwachsen werden, läßt sich gegenwärtig noch nicht übersehen. Jedenfalls würde es sich dabei nur um eine geringfügige Summe handeln können. Auch für die Zukunft werden dem Reiche hieraus beträchtliche Kosten nicht erwachsen; denn die Einnahmen aus dem Verkauf der Zusatzmarken haben in den letzten Jahren nur die Summe von etwas über 15 000 Mark erreicht.

Die mündliche Entlassungsprüfung am hiesigen Seminar für Volksschullehrer fand am Freitag und Sonnabend voriger Woche statt. Sämmtliche Prüflinge haben die Prüfung bestanden.

Ueber einen Aufenthalt des degradirten Hauptmanns Dreyfus in Lübeck wird einem hiesigen Blatte geschrieben: daß Dreyfus im Frühjahr 1887 oder 1888 mit einem seiner Kameraden, einem Lieutenant, die Ostseehäfen bereiste und auch, vom Norden kommend, Lübeck besuchte, wo er um eine unverfängliche Beschäftigung an den Tag zu legen, bei Besichtigung des Hafens sich die hiesigen Hafensabgaben notirte. Dreyfus, damals ein schlanker junger Mann, mit lockigem schwarzem Haupthaar und schwarzem Schnurbart, sprach sehr gut deutsch.

Erwischt. Ein jugendlicher Schlittschuhläufer hatte einem Unbekannten seine Schlittschuhe zeitweilig zur Aufbewahrung gegeben. Der Mann hatte jedoch nichts Eiligeres zu thun, als damit zu verlusten. Als er später die Schlittschuhe veräußern wollte, wurde er verhaftet und nach dem Marstall gebracht.

In denjenigen Drogen und chemischen Präparaten, welche nach § 2 der Verordnung, betreffend den Verkehr mit Arzneimitteln, vom 27. Januar 1890 und dem zugehörigen Verzeichnisse B nur in Apotheken feilgehalten oder verkauft werden dürfen, tritt nach kaiserlicher Verordnung hinzu: Serum antidipthericum (Diphtherieserum).

Der Schweinehandel verlief mittel. Zugesührt wurden 2720 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preise: Verjandtschweine schwere 50—51 Mk., leichte 48—50 Mk., Sauen 40—45 Mk. und Ferkel 48—50 Mk. pr. 100 Pfd.

Der Rinderhandel verlief gut. Zugesührt wurden 1028 Stück. Unverkauft blieben — Stück. Preise: beste 85—95 Mk., geringere 70—80 Mk. per 100 Pfund.

Angelommene und abgegangene Schiffe in Travemünde

Angelommen:
Dienstag, den 8. Januar 1895.
11,40 U. Vm. D. Myra, Bring, von Alth in 66 Std.
12,— U. Vm. D. Dreyfus, Beise, von Aarhus in 21 Std.
12,50 U. Vm. D. Rußland, Ahrens, von Wehl in 84 Std.
10,90 U. Vm. D. Dragn, Tjerning, von Götterberg in 27 Std.
Mittwoch, den 9. Januar 1895.
12,10 U. Vm. D. Luba, Lomer, von Königsberg in 38 Std.
6,— U. Vm. D. Halland, Peterson, von Kopenhagen in 13 Std.

Abgegangen:
Dienstag, den 8. Januar 1895.
1,10 U. Vm. D. Marie Louise, Nachwey, nach Steval.
1,20 U. Vm. D. Medina, Mann, nach Rostock.
6,40 U. Vm. D. Orion, Larsson, nach Kopenhagen.
Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 6,85 m.
NND.

Schiffsbewegung in der Ostsee.
D. Bore ist am 8. Januar von Kalmar auf hier abgegangen.
D. Burg ist am 8. Januar in Vilsan angekommen und geht heute nach Königsberg weiter.
D. Estta ist am 8. Januar in Vibau angekommen.
D. Stella ist am 8. Januar in Stockholm angekommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Geschäfts-Anzeigen.

Quäker Oats.
Vollnahrungsmittel
Unübertroffene Säugernahrung
Vorzügliche Kranken Speise.
1 Packet 40 Pf.
Zu haben:
In den meisten Detail-Geschäften.

Schwarzbrot
7½ Pfd. für 50 Pfg.
empfehlen die
Bäckerei von Carl Evers
Schlumacherstraße 1.

Ohne Concurrrenz!
Gebr. Caffee
(großbohniq)
1 Pfund 1.— Mark,
bei Parthien billiger.
August Jensen
Sartengrube 21.

Abs
ohne kostenfreien Voransch
Sie auf Mobilien und Waaren
jeder Art, wenn mit zur Auktion
übergeben
Johs. Fick, Auctionator,
Engelsgrube 43/17.

Für Magenleidende!

Allen denen, die sich durch Erfüllung oder Ueberladung des Magens, durch Genuß mangelhafter, schwer verdaulicher, zu heißer oder zu kalter Speisen oder durch unregelmäßige Lebensweise ein Magenleiden, wie:
Magenkatarrh, Magenkrampf, Magenschmerzen, schwere Verdauung oder Verschleimung

zugezogen haben, sei hiermit ein gutes Hausmittel empfohlen, welches in Folge eigenartiger und sorgfältiger Zusammenlegung von Kräuteräften auf das Verdauungssystem eine anregende, kräftende und belebende Wirkung ausübt und dessen Heilkraft sich bei Krankheiten, die aus „schlechter Verdauung“ und hieraus entstandener fehler- und mangelhafter Blutbildung hervorgegangen sind, vorzüglich bewährt hat. Es ist das seit Jahren durch seine ausgezeichneten Erfolge rühmlichst bekannte

Verdauungs- und Blutreinigungsmittel, der Hubert Ulrich'sche Kräuter-Wein.

Dieser Kräuter-Wein, aus vielfach erprobten und heilkräftig befundenen Kräuter-säften mit gutem Wein bereitet, ist das beste Verdauungsmittel; derselbe ist kein Abführmittel, sondern stärkt und belebt den ganzen Verdauungsorganismus des Menschen. Kräuter-Wein schafft eine regelrechte naturgemäße Verdauung nicht allein durch vollkommene Lösung der Speisen im Magen, sondern auch durch seine anregende und läuternde Wirkung auf die Säftebildung. Derselbe beseitigt alle Störungen in den Blutgefäßen, wodurch das Blut von allen verdorbenen krankmachenden Stoffen gereinigt wird, und wirkt fördernd auf die Neubildung gesunden Blutes.

Durch rechtzeitigen Gebrauch des Kräuter-Weins werden solche Magenübel meist schon im Keime erstickt, man sollte also nicht säumen, seine Anwendung allen anderen scharfen, ätzenden, Gesundheit zerstörenden Mitteln vorzuziehen. Alle Symptome, wie: **Kopfschmerzen, Aufstoßen, Sodbrennen, Blähungen, Uebelkeit mit Erbrechen**, die bei chronischen (veralteten) Magenleiden um so heftiger auftreten, werden oft nach einigen Mal Trinken beseitigt und um so freundiger wird man damit fortfahren bis zur vollkommenen Beseitigung.

Bei Stuhlverstopfung, wo die verbrauchten, verrottenen, zum größten Theil in Fersehung (Fäulniß) übergegangenen Stoffe, Schmerzen, Herzklopfen, Schläffigkeit, sondern auch Blutausflüsse in Leber, Milz und Harnblase (Hämorrhoidalleiden) verursachen, schwächen Abführmittel den Magen, zerstören die Verdauungssäfte und verschlimmern das Uebel je länger je mehr. Kräuter-Wein aber hebt alle Unverdaulichkeit, verleiht dem Verdauungssystem einen Aufschwung und entfernt durch einen leichten Stuhl alle untauglichen Stoffe aus dem Magen und Gedärmen, ohne ein Abführmittel zu sein!

Sageres, bleiches Aussehen, Blutmangel, Entkräftung, meist die Folge schlechter Verdauung, mangelhafter Blutbildung und eines krankhaften Zustandes der Leber. Bei gänzlicher Appetitlosigkeit, unter nervöser **Abspannung und Gemüthsverstimmung**, sowie häufigen **Kopfschmerzen, Schläffigkeit** und **Nächten**, sicken oft solche Kranke langsam dahin. Kräuter-Wein steigert den Appetit, befördert die Verdauung und Ernährung, beschleunigt und verbessert die Blutbildung, regt den Stoffwechsel kräftig an, beruhigt die erregten Nerven und schafft den Kranken in Folge ausgiebiger Ernährungsfähigkeit gesundes Blut, neue Kräfte und neues Leben. Zahlreiche Anerkennungen und Dankschreiben beweisen dieses.

Gebrauchsanweisung ist jeder Flasche beigegeben.
Kräuter-Wein ist zu haben in Flaschen à Mk. 1,25 und 1,75 in Lübeck in den Apotheken (Depôts: Adler, Löwen- u. Sonnen-Apothek) und in Reinold, Oldesloe, Schönberg, Radeburg, Ahrensbü, Schwartau, Travemünde, Gleschendorf, Gutsfeld, Tassow, Grevesmühlen, Rehna, Blankensee, Rüsse, Wölln, Trittau, Ahrensburg, Segeberg, Neustadt, Plön, Lützenburg, Oldenburg i. S., Neumünster, Seitzgenhafen, Cismar, Altona, Hamburg u. s. w. in den Apotheken.

Auch versendet die Firma „Hub. Ulrich, Leipzig, Weststraße 82“, 3 und mehr Flaschen Kräuterwein zu Originalpreisen nach allen Orten Deutschlands porto- und freiefrei.

Kein Kräuter-Wein ist kein Geheimmittel; seine Bestandtheile sind: Malagawein 450,0, Weinsprit 100,0, Glycerin 100,0, destillirtes Wasser 240,0, Ebereschensaft 150,0, Kirschsaff 320,0, Fenchel, Anis, Felsenwurz, amerik. Kraftwurz, Ezianwurz, Kalmuswurz aa 10,0.

Geschäfts-Eröffnung.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich in der
16 Elswigstraße 16
eine
Colonial- u. Fettwaaren-Handlung.
Indem ich nur allerbeste Waaren bei billigsten Preisen führe, bitte ich Sie, mein neues Unternehmen gütigst zu unterstützen.
Hochachtungsvoll
L. Rieck.
Elswigstraße 16.

Achtung!
Schlachter-Gejellen.
Da seit einigen Sonntagen theils im Lokal, theils auf dem Nachhausewege Streitereien und Reibereien vorgekommen und letzten Sonntag harmlose Nachbarn in der Noeckstraße von mehreren rohen Gejellen angerempelt und mißhandelt worden sind, so sehe ich mich zum Schutze meiner mich sonst besuchenden Gäste gezwungen, von heute ab hierdurch **sämmtlichen Schlachtergejellen** das Betreten meines Etablissements Neu-Lauerhof zu untersagen.
Heinrich Hey, Neu-Lauerhof.

Jeden Montag und Donnerstag Morgen:
Frisches Kopf u. Bein
Rippen und dicke Flohmen
empfehlen
Joachim Schmidt
Hüzigstraße 43.
Zu Opfern eine freundliche **Gangwohnung**,
Miethe 85 Mk., Essengrube 26.
Zum 1. April eine kleine freundl. **Wohnung**
an ruhige Leute. Miethe 115 Mk.
Dornestraße 77 a.
Zum 1. April eine freundliche **Wohnung**,
Preis 140 Mk., zu vermietzen.
Moislinger Allee 83.

Öffentliche

Volks-Versammlung
am **Sonnabend den 12. Januar** cr.,
Abends 8½ Uhr,
in den Central-Hallen, Dankwartsgrube
Tages-Ordnung: **Die Umsturzvorlage.**
Referent: Herr Th. Schwartz.
Der Einberufer.

Um möglichst Allen Gelegenheit zu geben, die **Versammlung** besuchen zu können, wird höflichst ersucht, sonstige **Versammlungen** am **Sonnabend Abend** ausfallen zu lassen.
D. D.

Kinder-Bade-Schwämme
122 in schöner Auswahl.
Ferd. Kayser, Breitestr. 81.
Gesucht tüchtige **Brodträger** bei gutem Verdienst.
Neue Meierstr. 39, h. h. Sanzstraße.

Stadttheater in Lübeck.
Donnerstag den 10. Januar:
64. Abonnements-Vorstellung. 4. Serie: Blau.
Anfang 7 Uhr. Schauspielerspreise.
Mamselle Nitouche.
Baudeville (Posse) mit Gesang von Herbé.

Ueber die Arbeits-Vermittlung im Seemanns-Gewerbe

Schreiben die „Blätter für soziale Praxis“:

„Schmähliche Ausnutzung durch die gewerbmäßige Stellenvermittlung“, „Ausfaugung“, „Sklaverei“ — solchen Kraftworten in amtlichen Schriftstücken und konservativen Tagesblättern zu begegnen, ist ein nicht grade häufiger Fall. Und doch stammt das erste Zitat aus einem Erlaß des Reichskanzlers, die beiden anderen aber finden sich im Hamburger Rheberorgan, den „Hamburger Nachrichten“, vom 21. November v. J., und alle betreffen die ungeheuerlichen Mißstände, welche sich in der Arbeitsvermittlung für Seeleute eingemischt haben. Deshalb ist es wohl einmal an der Zeit, daran zu mahnen, daß die Bewegung für eine Umgestaltung der Arbeitsvermittlung, die jetzt durch das deutsche Binnenland geht, mit noch viel mehr Grund sich in den Seehäfen zu Gunsten der Seeleute äußern sollte.

„Das Schreiben des Reichskanzlers, das oben erwähnt wurde, ist nach den „Hamburger Nachrichten“ im Juni an die drei Freien Städte ergangen und regt im Anschluß an eine Mitteilung des deutschen Generalkonsuls in Antwerpen die Gründung gemeinnütziger Vermittlungsanstalten durch die Unternehmer, in diesem Falle die Rhebereien, oder die Unterstützung der durch Seeleute versuchten Vereinsvermittlung durch die Rheber an. Im Hamburger Rheberblatt bestätigt nun bei dieser Gelegenheit ein Wissender das Vorhandensein fürchterlicher Dinge. Er schildert, daß in den Seehäfen der Schlafwirth (Schlafbaas) und der gewerbmäßige Arbeitsvermittler für Matrosen (Heuerbaas), der regelmäßig Gastwirth ist, „zusammen arbeiten“ um den größtmöglichen Nutzen aus den von ihnen nur als Ausfaugungsobjekt angesehenen einzelnen Seemannsindividuen herauszuziehen.“ Deshalb finde man auch — leider so häufig — daß in größeren Seehäfen das Geschäft des Schlafbaasen und Heuerbaasen in einer Hand liege. So lange der am Lande im Quartier liegende und Stellung suchende Seemann einen Groschen zu verzehren habe, sei der Heuerbaas „selten in der Lage, ihm eine neue Heuer (Stelle) verschaffen zu können.“ „Erst wenn der Kredit des Schlafbaasen bis zu einer Höhe in Anspruch genommen ist, daß er etwa den Betrag der ersten Monatsgage, die vom Rheber in Form eines Gutscheins vorausgezahlt zu werden pflegt, ausmacht, dann hat der Heuerbaas urplötzlich eine wunderschöne Stelle an Bord eines Schiffes für den Mann in Bereitschaft.“ Durch diese Wachschaften, die dem Seemann in sichere Aussicht stellen, daß sein sauer erworbenes Geld doch immer am Ende eine Beute der Leute ist, auf die er nach Beendigung seiner Reise zwecks Unterkunft und Neuanstellung angewiesen ist, wird sein, bei den meisten seines Standes ohnedies nur schwach ausgebildeter Sparjamkeitstrieb natürlich nicht gestärkt. Viele bringen am liebsten in den ersten Tagen und Nächten nach ihrer Abmusterung (Entlassung vom Schiff) alles das in unvernünftigster Weise durch, was sie in langen Wochen oder Monaten schwerer Pflichterfüllung erworben haben. Es sind nun zwar alte Geschichten, die hier erzählt werden. Im Reichstage wurde Mehrlings schon seit Jahren durch die sozialdemokratischen Vertreter der Seestädte geschildert. Im No-

vember 1893 schrieb die „Kölnische Zeitung“ mit Bezug hierauf, daß „es den Führern der Sozialdemokratie ein Leichtes sein wird, ihrerseits sogenannte Vereinsbüreaus zu bilden und damit eine scharfe Waffe gegen die Rhebereien in die Hände zu bekommen“, nachdem „keinerlei Anstalten dazu gemacht worden, den sein Brot sauer verdienenden Seemann aus den Klauen der Schlaf- und Heuerbaase zu befreien.“ Im Protokoll des sozialen Kongresses des Freien deutschen Hochstiftes in Frankfurt a. M., vom 8. und 9. Oktober 1893 (Berlin 1894, D. Liebmann) findet sich S. 121 ff. eine packende, durch eine große Reihe zahlenmäßiger Einzelheiten lebendig gemachte Schilderung des Hamburger Delegirten Will der dortigen Seemanns-Fachvereine, die f. B. die Senzation der Kongreßbesucher erregte und ebenfalls die Ausnutzung der Seeleute durch gewerbmäßige Arbeitsvermittlung betrifft. Es stand also längst fest, daß hier unhaltbare Zustände vorliegen. Aber daß jetzt ein Rheberblatt Alles so haarklein und offen bestätigt, das ist eine neue Erscheinung und diese soll hier mit der jetzt durch Deutschland gehenden Bewegung für eine öffentlich-rechtliche Ausgestaltung der Arbeitsnachweise in Verbindung gebracht werden. Dürfen grade die Aermsten der Armen bei jener Bewegung leer ausgehen?

Bisher sind die Rheber die eigentlichen Gegner jeder Reform gewesen. Ihr „Deutscher Nautischer Verein“ nahm in seinen Februarverhandlungen des Jahres 1894 zu Berlin, ihre Hamburger Organisation in ihrem jährlichen Jahresbericht scharf gegen den Vorschlag des sozialdemokratischen Entwurfes einer deutschen Seemannsordnung (Februar 1893) Stellung: daß „die Anheuerung der Schiffsmannschaft nur durch den Schiffer persönlich oder durch den Rheber erfolgen darf; die Anheuerung durch Mittelspersonen ist unzulässig.“ Und dabei würde diese Vorschrift unseres Erachtens nach gar nicht einmal genügen, um die jetzigen Mißstände ganz auszurotten. Die Paase würden es auch bei persönlicher Anmusterung durch Kapitän und Rheber noch verstehen, ihre Leute vorzuschleichen und Nutzen aus ihnen zu ziehen. Die Handelskammer in San Francisco, wo dabeilbe Unweien blüht, hat im Jahr 1892 weit schärfere Maßregeln, nämlich Geld- und Gefängnißstrafen für Fälle der Erhebung übermäßiger Stellenvermittlungsgelühren, vorgeschlagen. Aber solche Vorschriften können erst recht umgangen werden. Hier hilft nur positives Wirken, Schaffung neuer, besserer Arbeitsvermittlungsanstalten für Seeleute. Diese selbst sind so genügend, daß sie sich, auch durch ihren Delegirten auf dem oben erwähnten Frankfurter Kongresse, durch Errichtung von Unternehmerbüreaus statt der gewerbmäßigen für vollständig befriedigt erklärten und es der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Gesellschaft schon hoch anrechnen, daß sie ein solches Bureau schuf. Aber ist in den alten Hansestädten denn gar kein Funke sozialen Pflichtbewußtseins mehr im Schlumern, der durch den augenblicklichen Luftzug in den Regionen der Stellenvermittlungs-Regelung auch dort zu einem kleinen Feuer wenigstens angefaßt werden könnte? Und warum drängen die Organisationen der Seeleute nicht selbst auf städtische Vermittlungsanstalten, nachdem sie sehen, daß ihre bescheidene

Hoffnung auf ein Eingreifen der Unternehmer eine vergebliche war?

„Wir haben jedenfalls in diesen Blättern, in denen die öffentliche Regelung der Arbeitsvermittlung möglichst erschöpfend behandelt wurde, nicht veräußen wollen, auf die vergessenen Opfer der schändlichsten gewerbmäßigen Stellenvermittlung hinzuweisen; bleiben die städtischen Behörden unserer Seestädte sogar unter dem Niveau der Rheberorgane, die das Uebel zugestehen — desto schlimmer für sie.“

Den Versuch, das Hamburger Heuerwesen auch hier bei uns in Lübeck einzuführen, hat man vor einigen Jahren — jedoch ohne Erfolg — gemacht. Einestheils mag dieses wohl darin seinen Grund haben, daß hier nicht im Entferntesten der riesige Schiffsverkehr, wie er in Hamburg stattfindet, (im Jahre 1893 wurden hier durch das Seemannsamt nur 738 An- und 776 Abmusterungen vorgenommen).

Andertheils liegen hier die Verhältnisse so, daß der größte Theil der auf Dampfschiffen dienenden Schiffsmannschaften — Segelschiffe sind hier so gut wie verschunden — von auswärts verschrieben wird; oder auch, die Leute kommen im Frühjahr von selber zurück, um ihre in der vorjährigen Saison innegehabten Plätze wieder einzunehmen.

Wenn nun auch aus diesen Gründen die geplante Einführung der sogenannten „Landhaie“ hier mißglückt ist, so ist doch daraus keineswegs zu folgern, daß nicht irgend ein tüchtiger Kopf von Neuem den Versuch wagen und am Ende auch Erfolg haben könnte. Letzteres veranlaßt uns, den Artikel der „Blätter für soziale Praxis“ hier zum Abdruck zu bringen.

Wie stellt sich nun das Heuerwesen in der Wirklichkeit dar? Nach den Bericht des Delegirten Will-Damberg auf dem Kongreß des „Freien Hochstiftes“ in Frankfurt a. M. (1893), stellt sich der Verdienst eines „Landhaies“ bei Vermittlung der Anheuerung eines Dampfers folgendermaßen:

Für den ersten Steuermann erhält er 20 Mark, für den zweiten und dritten Steuermann je 12 Mark gleich 24 Mark. Für den ersten und zweiten Maschinisten je 20 Mark gleich 40 Mark. Für einen dritten und vierten Maschinisten je 12 Mark gleich 24 Mark. Für den Bootsmann und ersten Stewart je 10 Mark gleich 20 Mark. Für den Zimmermann und den Koch je 12 Mark gleich 24 Mark. Für 6 Matrosen je 6 Mark gleich 36 Mark. Für 10 Heizer und Trimmer je 6 Mark gleich 60 Mark. Für den Jungen und den Leichtmatrosen 13 Mark. Demnach die ganz respektable Summe von zusammen 261 Mark für die Stellenvermittlung für einen gar nicht allzu großen Dampfer.

Was hat nun ein solcher „Landhai“ für diesen Lohn zu thun, resp. welche Arbeit verrichtet er dafür? Will sagt: „der Heuerbaas hat weiter nichts zu thun als an Bord zu gehen und zu fragen: „Wie viel und was für Leute wünscht Ihr?“ Man sagt ihm „die und die Mannschaft muß ich haben.“ Er geht wieder nach Hause, füllt ein Tiedel aus, schickt nach dem Schlafbaas und läßt sagen: „Schick mir so und so viel Leute.“ Für diese wahrhaft anstrengende Arbeit erhält der Heuerbaas dann seine 261 Mark. Diese „Landhaie“ benützt die Hamburger Rheberei als Vermittler zwischen sich und der

Treu wie Gold.

Novelle von Brutus.

(13. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Die Hände der Geliebten ruhten auf seinem Haupte, er fühlte, wie sie seine Locken streichelte.

„Stehe auf, Paul,“ sprach sie und wollte ihn zu sich emporziehen.

„O nein, Geliebte“, flehte er, „verwehre es mir nicht, in dieser Stellung zu verharren. Ueberlaß mich noch für einige Augenblicke diesem seligen Traum, das Erwachen wird ohnehin bitter genug sein.“

„Wie magst Du so reden, Paul?“

„Unsere Liebe ist Sünde,“ murmelte er dumpfen Tones. „Ich bin ein Glender, Anita, Du kannst niemals mein Weib werden. Ich habe den Frieden Deines Herzens zerstört, Dein Glück vernichtet — o wäre ich doch geflohen, ehe es zu spät war — Du blickst mich mit Deinen treuen braunen Augen verwundert und fragend an. Aber Du sollst Klarheit bekommen, Dir will ich mein Geheimniß vertrauen, das wie ein Alp auf mir lastet. Ich will den Schleier lüften, der meine Vergangenheit bedeckt. — Dann wirst Du Dich von mir wenden und mir zürnen, weil —“

„Rede nicht weiter Paul,“ unterbrach sie seinen leidenschaftlichen Erguß. „Was könnte auf Deiner Vergangenheit für ein Geheimniß ruhen, welches meine Liebe zu Dir zu ertöden vermöchte. Ich habe Dich in den Jahren unseres Beisammenseins kennen und achten gelernt, ich habe Dich lieb gewonnen —“

„Und jetzt wirst Du mich verachten. — O Anita, es war schnöder Egoismus von mir, in Deiner Brust

die Liebe zu wecken. Die Liebe zu einem Unwürdigen, dem Du niemals wirst angehören können, noch wollen. Es war ein Verbrechen, Deine Unkenntniß meiner Vergangenheit zu benützen, um Dein goldenes Herz so ganz zu umgarnen. Ich will Dir aber ein Bekenntniß ablegen —“

„Was es auch sei, Paul, es wird an meiner Liebe nichts ändern. Schütte Dein bedrücktes Herz in meine Brust aus, erzähle, was Dich quält — in mir wirst Du eine milde Richterinn finden.“

Er war wieder in seine frühere Stellung zurückgefallen und wieder ruhten ihre Hände liebevoll auf seinen rabenschwarzen Locken, während blickte voll Milde sich herniederseufzten auf den weinenden Mann zu ihren Füßen.

„So höre, Geliebte! — Ich will mein Leben vor Dir ausbreiten wie ein Blatt Papier, ich will Dir von meiner Vergangenheit erzählen, bis zu jenem Abende, an welchem ich zum ersten Male Dein liebes Gesicht erblickte.“

Und er erzählte. Mit geheimem Behagen verweilte seine Erzählung bei seinen glücklichen Kindertagen, die er als einziges Kind seiner Eltern in einem Städtchen unweit Danzig verlebte hatte. Sein frühverstorbenen Vater war ein Beamter gewesen und seine Mutter hatte nach dessen Tode eine geringe Pension bezogen, die nur zum Nöthigsten reichte.

Da jedoch seine Mutter sehr geschickt war in weiblichen Arbeiten, so gelang es ihre fleißigen Händen, uns ein behagliches Dasein zu verschaffen. Erst viele Jahre später ist es mir zum Bewußtsein gekommen, was nimmermüder Fleiß der Mutterhände vermag.

Nachdem ich eine gute Schule absolviert hatte, wurde ich in einem Danziger Kaufmannsgeschäft als Lehrling

untergebracht. Wenn die Entfernung von meinem Heimathstädtchen auch nicht groß war, so empfand ich dennoch die Trennung von meiner Mutter auf's Herbeste. Es war ein bitterer Abschied, wir hielten uns umschlungen und weinten. „Es ist zu Deinem Besten, Paul,“ sagte die Mutter endlich und löste zögernd die Umarmung. „Reise mit Gott und bleibe gut.“ Und ich wanderte mit meinem leichten Känzlel in den hellen Frühlingmorgen hinein.

Als die Lerchen im Blauen über mir jubelten, und die Blumen am Wegrande mir zunickten, vergaß ich allmählig den Trennungsschmerz, und der Gedanke an die unbekannte Zukunft verdrängte die Bilder der Vergangenheit. Meine Brust schwellte von unbestimmten Hoffnungen, als die Thürme der alten Stadt vor meinen Blicken auftauchten.

Das laute, ungewohnte Straßengewühl, die neuen Verhältnisse, in die mich mein Beruf führte, alles ver-setzte mich in ein waches Träumen und mein Geist bemühte sich lange vergebens, der neuen, auf ihn einströmenden Eindrücke Herr zu werden. Erst des Abends, wenn ich in meinem Stübchen saß, welches sich in dem altherwürdigen Wohnhause meines Prinzipals befand, da sammelten sich meine Gedanken und vor dem Einschlafen wiederholte ich allabendlich das Gelöbniß, welches ich wortlos meiner Mutter beim Abschied gegeben. Und ich habe dies Gelöbniß nicht gehalten, Anita, ich habe meiner guten Mutter, deren einziges Gut ich war, das Herz gebrochen.“

Er hielt erschöpft inne und holte aus tiefster Brust Athem. Noch immer fühlte die Hand der Geliebten auf seinem Haupte ruhen und das gab ihm den Muth zurück, in seinem Bekenntnisse fortzufahren.

„Der Sohn meines Prinzipals, einige Jahre älter als

seemannischen Bevölkerung und alle Versuche, diesen wahrhaft unwürdigen Zuständen zu steuern, sind bis jetzt erfolglos geblieben.

Die Hamburger Handelskammer hält die Klagen der Seeleute über das Wesen der Feuerbaase für übertrieben und meint in ihrem Jahresberichte:

„Der Verein der Rheder hat vor einigen Jahren einem Seemannsverein auf bezügliche Klagen anheimgegeben, ihm Fälle von Uebervorteilungen nachzuweisen, indem er eine derartige Behandlung der Mittheilungen zusicherte, daß den Beschwerdeführern daraus kein Nachtheil erwachsen könne. Darauf sind nur zwei völlig unbegründete Beschwerden eingegangen. Die Behauptung, daß die Leute keine Stellung bekämen, bevor sie nicht beim Schlafbaas ihr Geld durchgebracht, daß namentlich hier wohnende verheirathete Leute lange auf Anstellung warten müßten, verliert schon dadurch an Bedeutung, daß bei den hiesigen Rhedereien die Leute meistens lange im Dienst bleiben, daher von den Feuerbaasen in dieser Beziehung ziemlich unabhängig sind. Mag die Errichtung einer gemeinsamen Feuerstelle neben der bereits bestehenden der Hamburg-Amerika-Linie vielleicht wünschenswerth sein, einstweilen stößt sie auf den Widerspruch mancher Rhedereien, welche die private Thätigkeit der Feuerbaase nicht glauben entbehren zu können. Uebrigens übt die Polizei neuerdings eine verschärfte Aufsicht über die Feuer- und Schlafbaase aus; sie hat die Verbindung beider Geschäftsbetriebe untersagt und die Feuerbaase zu strenger Einhaltung ihres, in den Geschäftsräumen anzuschlagenden Tarifs verpflichtet. Zur Festsetzung des Tarifs ist die Behörde nicht befugt, höchstens würde sie die Beseitigung offener Unbilligkeiten erzwingen können. Der uns aus diesem Gesichtspunkte zugestellte, vom Verein der Feuerbaase entworfene Tarif bot uns bei dieser Sachlage zu erheblichen Bemängelungen keinen Anlaß.“

Hierzu bemerkt nun das „Hamburger Echo“ sehr treffend:

„Nach Ansicht der Rheder und der Handelskammer ist also in Bezug auf die Arbeitsvermittlung für Seeleute Alles ganz gut bestellt. Und für die Rheder trifft das auch zu. Je weniger wirthschaftlichen Halt die Seeleute haben, desto widerstandslöser sind sie den Lohn-drückereien der Rheder gegenüber, die sich dann noch des pharisäischen Hinweises bedienen können, daß den Seeleuten höherer Lohn nicht fromme, weil sie doch alles Geld in die Kneipen tragen.“

Von den Behörden der Hansestädte wird der keine energischen Abhilfemaßnahmen erwarten, der den mächtigen Einfluß der Rheder auf die hanseatische Staatsmaschine kennt. Hier kann nur das Reich helfen und die sozialdemokratische Fraktion hat mit dem Antrage auf Revision der Seemannsordnung dazu einen Anstoß gegeben, dem sich alle humanenkundenden Leute anschließen sollten.“

Wie die Handelskammer und somit „Ein ehrbarer Kaufmann“ über die Revision der „Seemannsordnung“ im Sinne des sozialdemokratischen Entwurfs denkt, geht ebenfalls aus ihrem Jahresberichte deutlich genug hervor. Sie sagt zu der jetzigen „Seemannsordnung“: sie „regelt das Verhältniß zwischen Schiffer und Schiffsmann in

humanem Sinne, aber unter Aufrechterhaltung der an Bord unbedingt erforderlichen strengen Disziplin. Die von der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages gestellten Anträge gehen darauf hinaus, sie zu untergraben und die Seeleute unter den Einfluß der Sozialdemokratie zu bringen, von der sie sich bisher im Allgemeinen fern gehalten haben. Wenn auch nicht zu bezweifeln ist, daß diese Anträge zur Annahme gelangen könnten, so würde doch jedes Entgegenkommen nach dieser Richtung eine Unsicherheit in der Stellung der Leute zu den Offizieren herbeiführen, die für unsere Rhederei und die Seeleute selbst sehr bedenklich sein würde. Wir können daher von der Revision dieses Gesetzes nur abrathen.“

So stehen die Dinge. Während die Herren Rheder alles gar schön finden, schreiben ihre eigenen Pressorgane von „Auslaugung“, „Sklaverei“ und „Vorhandensein fürchterlicher Dinge“ im Schiffarthsverkehr.

Wir aber glauben und wollen hoffen, daß die Bäume der „königlichen Kaufleute“ nicht in den Himmel wachsen werden.

Aus Nah und Fern.

Magdeburg. Aus Noth schnitt sich ein Zimmermann Schlesier die Kehle durch. Der Mann war 14 Wochen arbeitslos, daheim saßen hungerrnd Frau und drei Kinder und die Miethe war auch fällig.

Was ein Menschenleben in Ungarn werth ist. Der „Glück auf!“ berichtet; Für die Opfer der in den Gruben von Anina verbrannten Bergarbeiter hat die arme Gruben-Gesellschaft in Anina einen Bettelauftrag erlassen, um ihren Geldsack und ihr Gewissen zu entlasten. Zu einem Genossen in Ceres-Temes kam eine 77 Jahre alte Greisin und bettelte um ein Almosen. Auf Befragen erzählte sie unter Thränen, sie heiße Katharina Proschek und sei auf dem Wege von Anina nach Lugos, wo sie derzeit wohne. Sie habe ihrer Sohn Wenzel Proschek, der beim Grubenunglück verbrannt ist, gesucht, könne ihn aber nicht finden, weil er überhaupt nicht aufgefunden wurde. Dieser Sohn, der unverheirathet war, sei ihr einziger Ernährer gewesen und nunmehr habe sie Niemand, der sie, da sie ganz arbeitsunfähig ist, unterstützen solle. Als Entschädigung für ihren todtten Sohn erhielt sie insgesammt 15 fl., weil ihr Sohn „nur“ sechs Jahre dort gearbeitet hat. Die übrigen Mütter erhielten 20 fl., während man die Wittwen mit 60 fl. abfertigte. Das Leben eines Menschen wird also taxirt nach dem Belieben jener Leute, durch deren Schuld sie um's Leben kamen. Somit kostet in Ungarn ein lebiger Bergmann 15 fl., und jene, welche länger als sechs Jahre dort arbeiten, 20 fl. und ein Verheiratheter 60 fl.

Standesamtliche Nachrichten

vom 30. Dezember 1894 bis 5. Januar 1895.

Geburten.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.
Dezember 1894. 27. Passirer Julius Karl Eugen Meyer.
28. Manvergehilfe Hans Johann Friedrich Schulz. Brodfuhrmann Carl Christian Franz Schmitt. Zimmergehilfe Wilhelm Hans Jacob Möller. 30. Lagermeister Georg Carl Joachim Währer.

ich, wurde mein böser Dämon. Er war eine jener frühreifen Naturen, wie sie eine große Stadt zu zeitigen pflegt. In dem großstädtischen Boden waren seine schlechten Eigenschaften üppig in's Kraut geschossen; er war ohne jeden sittlichen Halt, genußsüchtig, leichtsinnig, gewissenlos, ein Produkt seiner unmoralischen Umgebung. Dabei mangelte ihm keineswegs ein äußerer Schick, ein gewisser Bildungsfirniß. Sein nobles Auftreten, seine eleganten Manieren, sein unterhaltendes Erzählertalent hätten vielleicht auch einen anderen Jüngling bestrickt, der erfahrener war und mehr Menschenkenntniß besaß, als ich. Ich schwärmte bald für ihn und da er seltsamer Weise sich häufig meiner annahm und sogar meine Gesellschaft zu lieben schien, so erfüllte mich dies mit knabenhaftem Stolze. Er wußte interessant zu erzählen, sprudelte über von Anekdoten und Wigen, schwärmte, gerade wie ich, für ferne Länder und Meere, für Indianergeschichten und Löwenjagden, für Abenteuer unter wilden Menschen und Thieren und gab oftmals deutlich zu verstehen, daß er das Leben in einem zivilisirten Staate sehr langweilig finde und eines jungen, thatkräftigen Mannes unwürdig erachte. Er hatte allerdings Grund dazu, denn, wie ich nachmals erfuhr, brannte ihm der Boden seiner Vaterstadt bereits unter den Füßen, die Gläubiger drängten und im Hintergrunde stand der strenge Vater als drohendes Schreckgespenst. Es gelang ihm nach und nach, mir den Gedanken an meine Mutter aus dem Kopfe zu reden und dafür allerlei abenteuerliche Pläne einzunisten. . . . kurz, wir wurden einig, bei nächster, günstiger Gelegenheit in die weite Welt zu gehen. Unter einer günstigen Gelegenheit verstand er den Zeitpunkt, in welchem ich, der das volle Vertrauen meines Prinzipals besaß, eine bedeutende Geldsumme zur Post zu besorgen hatte. Ich versichere Dich, Anita, — nicht um mein Thun zu beschönigen — daß es ihm viele Mühe gekostet hat, mich zu einer Untreue zu verleiten.

An dem betreffenden Abende folgte er mir auf meinem Wege zum Postamte, nahm mich mit sich in ein Wirthshaus, und dort, in einem heimlichen Winkel, ahmte er im Postbuche die Quittung des Beamten nach und nahm die Geldsumme an sich. Ich mußte, seinem Plane gemäß, in das Geschäft zurückkehren und dort das Buch abgeben. Er baute darauf, daß der Kassirer, wie gewöhnlich, nur einen flüchtigen Blick hineinwerfen würde und somit die Entdeckung des Unterschleifes frühestens am folgenden

Tage stattfinden könne. Zugleich mußte ich meinem Prinzipal die Mittheilung machen, daß meine Mutter schwer erkrankt sei und um die Erlaubniß bitten, sie noch heute besuchen zu dürfen. Bereitwilligst wurde mir der Urlaub gewährt, aber anstatt zu meiner Mutter, wandte ich mich zum Hafen, wo mich der Andere erwartete. Es war ihm gelungen, einige Matrosen zu bewegen, uns auf einem in derselben Stunde nach Kopenhagen abgehenden Schiffe zu verbergen. Als die Unterschlagung entdeckt wurde, befanden wir uns bereits in Sicherheit.

Du kannst es Dir selbst ausmalen, Anita, wie meiner armen Mutter zu Sinne war, als sie die Kunde bekam, daß ihr Sohn ein Dieb sei — ja, ein Dieb, daß er das in ihn gesetzte Vertrauen auf's Größlichste getäuscht, daß er als landesflüchtiger Verbrecher ohne Abschied in die weite Welt gegangen. Wenn noch heute, nachdem schon acht Jahre seit jener Zeit vergangen sind, wenn noch heute irgend etwas im Stände ist, meinem Herzen wehe zu thun, so ist es die Erinnerung an meine Schlechtigkeit, an den schwarzen Undank, womit ich die aufopfernde Liebe meiner armen Mutter gelohnt habe und es wird nie in meinem ganzen Leben die Reue ersterben, die seit jener unseligen Zeit an meinem Herzen nagt.

Und sie stellte sich bald ein, die nagende Reue, ich bin meiner verbrecherischen That nicht lange froh geworden. Wir waren noch nicht in Kopenhagen angekommen, wo wir, unserm Reiseplane gemäß, Aufenthalt nehmen wollten, als das Bewußtsein meiner Schuld und der Gedanke an meine Mutter mir schwer auf die Seele fiel. Vergebens suchte mein Genosse meine Mißstimmung hinweg zu spötkeln, das Schuldbewußtsein lag mit Zentnerschwere auf meiner Seele und lose Reden vermochten den nagenden Gewissenswurm nicht zu ertöden. Ich weinte still vor mich hin, während Jener lachte.

Wenn ich doch wenigstens von der Mutter Abschied genommen hätte! Der Gedanke quälte mich ohne Unterlaß und ich redete mir ein, daß mein Weggehen ohne Lebewohl und Abschiedskuß die Hauptursache meiner Mißstimmung sei. Ich hatte Heimweh; vor dem Bilde der weinenden Mutter erblickten in meinem Geiste alle jene Zauberbilder, die meine Sinne bestrahlt hatten. Was galt mir jetzt die Fremde? Mit unsichtbaren Fäden zog es mich nach jenem Häuschen hin, wo meine Mutter wohnte, nach jenem Erdwinkel, wo ich meine glücklichen Kinderstage verlebte.

Arbeitsmann Friedrich August Wilhelm Schoenbaum. Zimmergehilfe Johann Heinrich August Dürkop. Januar 1895. 1. Schmiedegeselle Heinrich Carl Ludwig Meier. 2. Maler Franz Wilhelm Deitow Eretow (Krempelsdorf). Premier-Lieutenant und Adjutant Friedrich Otto Wilhelm Heinrich Mehoff Niemann. Arbeitsmann Heinrich Friedrich Boy. 3. Schuhmacher Julius Robert Schmidt. Elementarlehrer Johannes Franz Christian Voss. Arbeitsmann Hermann Friedrich Thode. Schornsteinfegergehilfe August Julius Theodor Vohse. 4. Arbeitsmann Hans Joachim Heinrich Meier. Kaufmann Friedrich Christoph Wilhelm Grimm.

b) Mädchen. Namen und Beruf des Vaters.

Dezember 1894. 24. Bäckergehilfe August Albert Wetz. 25. Schriftfeger Hans Nicolaus Hansen. 26. Dienstmann Johann Wilhelm Hartwig Wörth. 27. Schneidergehilfe Emil Gustav August Rehmer. 28. Hülfsschumann Johann Heinrich Friedrich Krull. Arbeitsmann Wilhelm Heinrich Brodmann. Seebampfschiffsmaschinist Franz Heinrich Adamus Wilhelm Nebermann. 29. Korfschneider Christian Carl Johann Willen. Bäckermeister Paul Louis Bernhard Heinrich Helm. Barbier Hermann Carl Ernst Witow. 30. Arbeitsmann Joachim Heinrich August Kaping. Tischlergehilfe Otto Augustin. Arbeitsmann Johann Joachim Heinrich Niedmann. Arbeitsmann Friedrich Ludwig Wendt (Wilhelms-Höhe). Dampfschiffsmaschinist Heinrich Georg Wilhelm Vollmeyer. Schlossergehilfe Friedrich Otto Gustav Hahnendorf. Januar 1895. 1. Hülfsschreiber Johann Baack. Tischlergehilfe Johann Otto Robert Schliebitz. Fuhrherr August Friedrich Carl Stecker. 2. Oberbeamter des Stadt- und Landamtes Dr. jur. Carl Heinrich Blessing. Schreiber Heinrich Ludwig Friedrich Potenberg. 4. Arbeitsmann Carl Peter Hermann Widgert. 5. Maurergehilfe Paul Werner.

Sterbefälle.

29. Dezember. Catharina Sophia Wilhelmine Johanna Wendt, 73 J. 30. Alice Martha Henriette Appel, 6 M. Eise Maria Wilhelmine Luth, 16 J. Carl Johannes Ludwig Joachim Deunemeyer, 11 M. Christian Heinrich Carl Fick, 8 M. (Krempelsdorf). Cigarrenarbeiter Carl Christian August Vohse, 52 J. 31. Hermann Friedrich Wilhelm Feldvoss, 4 M. (Pabelstegge). Ernst Gustav Heinrich Brösch, 3 M. Maria Auguste Wilhelmine Havemann, 88 J. Maschinenpuger Johann Friedrich Heinrich Winkelmann, 32 J. Januar 1. Ein todtgeb. Knabe, V.: Schuhmacher Julius Carl Friedrich Klebe. Kaufmann Nicolaus Gottfried Hugo Eugen Strind, 75 J. 2. Friederike Wilhelmine Catharina geb. Ahlers, Ehefrau des Kornträgers Johann Heinrich Sals, 61 J. 3. Gärtner Johann Daniel Peter Mend, 85 J. Frieda Catharina Maria Steinfeld, 16 J. Arbeitsmann Johann Heinrich Carl Schmitt, 24 J. Arbeitsmann Georg Heinrich Friedrich Widmann, 66 J. 4. Lehrer Bernhard Friedrich Georg Kollis, 69 J. Arbeitsmann Johann Christian Lorenz Dräger, 82 J. Arbeitsmann Johann Wilhelm Julius Schröder, 52 J.

Angordnete Aufgebote.

Januar 3. Maler Johannes Carl Heinrich Joachim Doje und Johanna Friederike Louise Drews. 4. Kaufmann Peter Ludwig Wöhl und Marie Mathilde Lubovica Born. Arbeiter Heinrich Johann Franz Joachim Peter Eichhof und Emma Emilie Katsch. 5. Arbeiter Carl August Wilhelm Friedrich Heinrich Fick und Johanna Bertha Meyer. Privatmann Christian Peter Siles Staack und Maria Anna Auguste Klugfist zu Bremen.

Eheschließungen.

Dezember 31. Sergeant Paul Albert Wolf zu Wilhelmshaven und Eise Maria Christine Dorothea Brindmann. Januar 4. Gutbesitzer Hans Friedrich Ebnard Walbemar von Thien zu Augusthof und Minna Johanna Maria Eichenburg. Schlossergehilfe Johannes Hinrich Gottlieb Wessel und Catharina Maria Sophia Lemcke. Schlossergehilfe Anton Hinrich Gottfried Puls und Anna Marie Elisabeth Sophie Stabe. Arbeiter Carl Johannes August Schwarz und Maria Henriette Johanna Stofferz. 5. Schiffsoffizier Emma Julius Carl Oscar Fernberg und Julie Eise Helene Lebrun. Schlossergehilfe Wilhelm Friedrich Franz Christian Theodor Schilt und Maria Sophia Dorothea Schmidt. Stadtkretär Heinrich Friedrich Luckmann zu Lauenburg a/E. und Wilhelmine Dorothea Betty Ida Dührkoop. Malergehilfe Carl Friedrich Hermann Potenberg und Sophia Maria Christina geb. Vohse, des Hans Jochen Heinrich Kaeftan geschiedene Ehefrau.

„Höre einmal, Paul“, sagte nach unserer Ankunft in Kopenhagen mein Verführer zu mir, „Du bist noch zu viel Kind und ich befürchte, daß Du Dich in der Fremde nicht glücklich fühlen wirst. Du denkst zuviel an Das, was hinter Dir liegt, anstatt daran zu denken, was uns in der weiten Welt erwartet. Ist Deine Sehnsucht nach den Urwäldern Amerikas bereits erloschen? Und Du willst ein Trapper werden, ein Büffeljäger und Riffpirat? Glaube es mir, Paul, wenn Dich heute eine indische Rothhaut sähe, er würde Dich mit Recht ein Blaggesicht nennen.“

Ich fühlte wohl den Spott in seinen Worten, aber eigenthümlicher Weise trankte mich derselbe nicht. Mein knabenhaftes Schwärmen hatte ein jähes Ende gefunden und ich hätte mich selbst am Liebsten verspotten mögen.

„Deine Mutter liegt Dir im Sinn“, fuhr er fort, „ich meine, wenn Du richtig und vorschriftsmäßig von ihr Abschied genommen hättest, wie es einem Mutter-söhnchen geziemt, so würde Euch Beiden eine längere Trennung nicht halb so schwer fallen.“

Ich sah ihn überrascht an, da er meine eigenen, innersten Gedanken aussprach.

„Aber es ist noch nicht zu spät dazu, die Versäumniß kann noch immer wieder gut gemacht werden.“

„Wie wäre das wohl möglich?“ entgegnete ich hoffnungslos.

„Es ist leichter, als Du glaubst. Ich will Dir meinen Plan mittheilen. Du machst von hier aus — über Kiel z. B. — einen Absteher nach Deiner Heimath ohne Danzig zu berühren, besuchst Deine Mutter, befriedigst die Triebe Deines Kinderherzens und kehrt als geheilt wieder nach Kopenhagen zurück, wo ich Deine Rückkehr erwarte. Ich mache Dir diesen Vorschlag, um Dein gestörtes Wohlbefinden wieder herzustellen. Als Dein Freund und Reifemarschall, als Vergnügungsintendant und Führer zu den Rothhäuten halte ich es für meine Pflicht, in jeder Weise für Dich zu sorgen.“ Wie ich damals glaubte, entsprang sein Vorschlag einem Gefühl des Mitleids; wie ich mir aber jetzt sage, hatte er die Absicht, sich von mir, als einem lästigen Anhängel, zu befreien. Ich zauderte lange, da mir die Gefahren zu groß schienen, er aber wußte alle meine Befürchtungen zu zerstreuen.

(Fortsetzung folgt.)